

Gemeinde Ahrensböck

**Vergabeverfahren
Sanierungsträger
Städtebauliche Gesamtmaßnahme
„Zukunftsgestaltung Daseinsvorsorge“
der Gemeinde Ahrensböck
Städtebauförderungsprogramm
„Sozialer Zusammenhalt“**

Vergabeunterlagen Teil A

Bewerbungsbedingungen

Bitte beachten Sie die vorliegenden Teilnahmebedingungen unbedingt auch schon für den Teilnahmeantrag als notwendige Ergänzung zur EU-Auftragsbekanntmachung. Die EU-Auftragsbekanntmachung verweist aus Platzgründen auf dieses Dokument und seine Anlagen. Das vorliegende Dokument ist sowohl für den Teilnahmewettbewerb als auch für das sich ggf. anschließende Verhandlungsverfahren relevant.

Inhaltsverzeichnis

I. Übersicht Vergabeunterlagen	4
1. Zweck dieses Dokuments	4
2. Vergabeunterlagen	4
3. Bereitstellung der Unterlagen, Änderungen	5
II. Auftraggeberin und Auftragsgegenstand	7
1. Vergabestelle und Auftraggeberin	7
a) Auftraggeberin	7
b) Kontaktstelle	7
2. Auftragsgegenstand	7
a) Gegenstand des Auftrags	7
b) Umfang des Auftrags	8
c) Lose	8
d) Optionen	9
e) Ausführungsfrist	9
f) Ausführungsort	9
g) Zahlungsbedingungen / Preisnachlässe	9
h) Sicherheitsleistungen	10
i) Vertragsbedingungen	10
III. Ablauf des Vergabeverfahrens	10
1. Art der Vergabe, Verweis auf die Auftragsbekanntmachung	10
2. Öffentliche Bereitstellung der Vergabeunterlagen	11
3. Geplanter Verfahrensablauf	12
a) Übersicht	12
b) Teilnahmewettbewerb	13
c) Verhandlungsverfahren	13
aa) Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots	13
bb) Prüfung und Wertung der Erstangebote	14
cc) Vorbehaltener Zuschlag auf Erstangebot	14
dd) Verringerung der Zahl der Angebote	14
ee) Verhandlungsphase	15
ff) Abschluss der Verhandlungen, Phase endgültiger Angebote	15
gg) Prüfung und Wertung endgültiger Angebote	16
hh) Zur Entscheidung über den Zuschlag gehört auch die Prüfung, ob das Verfahren ein wirtschaftliches Ergebnis erbracht hat oder mangels eines solchen aufgehoben wird (vgl. dazu noch unten).	16
ii) Bieterinformation	16
jj) Zuschlag und Vertragsschluss	17
4. Fristen	17
a) Allgemeines	17
b) Frist für den Teilhmeantrag / Bewerbung	17
c) Geplante Versendung der Angebotsaufforderung	17
d) Frist für Zusatzinformationen / Bieterfragen	18
aa) Angebotsfrist Erstangebote	18
bb) Angebotsfrist endgültige Angebote	18
e) Zuschlags- und Bindefrist	18
IV. Allgemeine Bestimmungen für das Vergabeverfahren	19
1. Anwendbare Rechtsvorschriften	19
2. Informationsübermittlung	19
a) Verfahrenssprache	19
b) Ansprechpartner	19
c) Kommunikationsmittel	20
aa) Allgemeines	20
bb) Vergabeunterlagen	20
cc) Übermittlung von Teilhmeanträgen und Angeboten	21
dd) Antworten auf Bieterfragen/Zusatzinformationen	21
ee) Übermittlung sonstiger Informationen	22
d) Datenverarbeitung	22
3. Zusatzinformationen (Bieterfragen)	27
4. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	28
5. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	29
6. Vertraulichkeit	30
7. Eigentum und Schutzrechte	31

8.	Bewerbergemeinschaften, Bietergemeinschaften	32
a)	Behandlung im Teilnahmewettbewerb	32
b)	Bindung hinsichtlich der Zusammensetzung durch Teilnahmeantrag	32
c)	Vertretung	32
d)	Auskünfte über die Struktur	33
e)	Rechtsform im Auftragsfall	33
f)	Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung	33
g)	Gemeinschaftliche Bewerbungen und Kartellrecht	33
9.	Unteraufträge, Leistungsfähigkeit Dritter („geliehene Eignung“)	34
10.	Kostenersatz	34
11.	Angaben insbesondere für ausländische Bieter	35
12.	Prüfung der Angebote	35
13.	Ungewöhnlich niedrige Angebote	36
14.	Aufhebung des Verfahrens	36
15.	Wettbewerbsregistrauszug	36
16.	Bieterinformation	37
17.	Rechtsbehelfe und Fristen	37
18.	Bekanntmachung über den vergebenen Auftrag	38
V.	Anforderungen an die Teilnahmeanträge	39
1.	Form der Teilnahmeanträge	39
2.	Erfüllung der Eignungskriterien bei Bewerbergemeinschaften	41
3.	Eignungsleihe/Einbeziehung von Kapazitäten anderer Unternehmen	41
a)	Haftung bei Berufung auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Dritter	42
b)	Ausführung bei Berufung auf fachliche/technische Leistungsfähigkeit Dritter	42
c)	Eignungsnachweise auch für den Dritten	42
d)	Verfügbarkeitsnachweise für den Dritten	42
e)	Ersetzung des Dritten	42
f)	Selbstausführungsgebot	43
4.	Voraussetzungen für Beauftragung als Sanierungsträger als Eignungsmerkmale	43
5.	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Erklärungen/Belege dafür	44
a)	Ausschlussgründe	44
b)	Geforderte Erklärungen/Belege	45
6.	Konkrete Kriterien und Belege für die Eignung	48
a)	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	48
aa)	Eignungskriterien	48
bb)	Eigenerklärungen und Nachweise	49
b)	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	50
aa)	Eignungskriterien	50
bb)	Eigenerklärungen und Nachweise	51
c)	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	52
aa)	Eignungskriterien	52
bb)	Eigenerklärungen und Nachweise	53
7.	Begrenzung der Zahl der Bewerber	54
a)	Allgemeines	54
b)	Auswahlkriterien	54
VI.	Anforderungen an die Angebote	56
1.	Angebotsabgabe	56
a)	Äußere Form der Angebote	56
b)	Nachträgliche Erklärungen	57
2.	Vollständigkeit der Angebote	58
3.	Verbindlichkeit der Vergabeunterlagen	58
a)	Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen	58
b)	Angaben zur Verhandelbarkeit der Vertragsunterlagen	58
aa)	Bedeutung für die Erstangebote	59
bb)	Bedeutung für eine etwaige Verhandlungsphase	60
cc)	Bedeutung für die Phase endgültiger Angebote	61
dd)	Bedeutung für das vertragliche Leistungssoll	61
c)	Insbesondere: Vertragsbedingungen	62
4.	Rechtliche Bindungswirkung der Angebote	63
aa)	Erstangebot	63
(1)	Verbindlichkeit, Zuschlagsvorbehalt	63
(2)	Änderungswünsche	63
bb)	Folgeangebote	63
cc)	Endgültiges Angebot	63
5.	Hauptangebote, abweichende technische Anforderungen und Nebenangebote	64
a)	Hauptangebot	64

b)	Leistungen mit abweichenden technischen Anforderungen	64
c)	Nebenangebote (unzulässig)	65
6.	Konkret einzureichende Angebotsunterlagen	66
a)	Angebotsformular mit Preisblatt	66
b)	Vertragsbedingungen	66
c)	Konzeptionelle Darstellung (Angebotstext)	66
d)	Dokument Änderungswünsche	68
VII.	Zuschlagskriterien	69
1.	Kriterien- und Bewertungsschema	69
2.	Bewertungsmethodik	74
a)	Honorar	74
b)	Qualitative Zuschlagskriterien	75
c)	Referenzierung der Bewertung der qualitativen Kriterien	76
d)	Gewichtete Bewertung	77

I. Übersicht Vergabeunterlagen

1. Zweck dieses Dokuments

- 1 Dieses Dokument enthält im Sinne von § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 VgV die textliche Beschreibung der Einzelheiten der Durchführung des oben genannten Vergabeverfahrens („Bewerbungsbedingungen“), einschließlich der Angabe der Eignungs- und Zuschlagskriterien.

2. Vergabeunterlagen

- 2 Die Vergabeunterlagen bestehen insgesamt aus
 1. dem Anschreiben (Aufforderung zur Abgabe von Angeboten, aber nur für ausgewählte Bewerber, s. zur Bedeutung sogleich),
 2. den Bewerbungsbedingungen, also
 - a) diesem Dokument nebst
 - b) beigefügtem Formular für die Abgabe der Teilnahmeanträge,
 - c) beigefügtem Formular für die Abgabe der Angebote,
 3. den Vertragsunterlagen, die wiederum bestehen aus
 - a) der Leistungsbeschreibung,

- b) den Vertragsbedingungen, bestehend aus einem Vertragstext, seiner Anlage 1 (Lagepläne der Sanierungsgebiete „Bürgerhaus“, „Ahrensböck West“ und „Rettungszentrum“) sowie den aus weiteren Vordrucken ersichtlichen Bedingungen,
- c) Anlage: Erläuterungsbericht der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) mit integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept (IEK) nebst Anlagen (Stand: 19. Dezember 2024) (im Folgenden: VU IEK).
- d) Anlage: Sanierungssatzung der Gemeinde Ahrensböck über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Ahrensböck West“ vom 15.01.2025.
- e) Anlage: Sanierungssatzung der Gemeinde Ahrensböck über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Bürgerhaus“ vom 15.01.2025.
- f) Anlage: Sanierungssatzung der Gemeinde Ahrensböck über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Rettungszentrum“ vom 15.01.2025.
- g) Anlage: Amtliche Bekanntmachung der Sanierungssatzungen vom 15.01.2025.

3. Bereitstellung der Unterlagen, Änderungen

- 3 Die Vergabeunterlagen werden entsprechend den Anforderungen von § 41 Abs. 1 VgV ab der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung unter der in der Auftragsbekanntmachung genannten elektronischen Adresse unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt öffentlich zur Verfügung gestellt.
- 4 Das unter Tz. 2 genannte Anschreiben (Aufforderung zur Abgabe von Angeboten) wird nicht öffentlich bereitgestellt. Nach seinem Sinn und Zweck erhalten es nur die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber. Dieses Anschreiben wird lediglich die Aufforderung zur Angebotsabgabe enthalten und auf die elektronisch bereitgestellten Vergabeunterlagen verweisen.
- 5 Abweichend von der nach der früheren Rechtslage vor Inkrafttreten der Vergaberechtsreform 2016 üblichen Vorgehensweise ist das vorliegende Dokument auch bereits für den Teilnahmewettbewerb zu beachten. Es wird darauf hingewiesen, dass in der EU-Auftragsbekanntmachung zu bestimmten Einzelheiten der Teilnahmebedingungen auf die Vergabeunterlagen (dort: „Auftragsunterlagen“) verwiesen wird. Diese beziehen sich

auf das vorliegende Dokument sowie die dazugehörigen Dokumente (Anlagen, insbesondere Formulare für den Teilnahmeantrag).

- 6 **Bitte beachten Sie die vorliegenden Teilnahmebedingungen daher unbedingt auch schon für den Teilnahmeantrag als notwendige Ergänzung zur EU-Auftragsbekanntmachung. Die EU-Auftragsbekanntmachung verweist aus Zweckmäßigkeits-erwägungen an diversen Stellen auf dieses Dokument und seine Anlagen.**
- 7 Unbeschadet des Vorstehenden hat das vorliegende Dokument Bedeutung auch für die Angebotsabgabe im Verhandlungsverfahren sowie für dessen weiteren Verlauf. Das Dokument stellt übergeordnet den vorgesehenen Ablauf und die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor (z. B. Ansprechpartner, Formalien, Kommunikationsformen, auch Fristen) und benennt die Zuschlagskriterien und Bewertungsregeln (unter Verweis auf Anlagen). Neben den übergreifenden Regelungen für das gesamte weitere Vergabeverfahren enthält dieses Dokument auch konkrete Bestimmungen für die Abgabe der Erstangebote. Nachfolgende gesonderte Verfahrensbriefe für weitere Verfahrensphasen werden grundsätzlich auf das vorliegende Dokument Bezug nehmen, soweit sie es nicht ändern oder ergänzen.
- 8 Der vorliegende Text unterliegt Ergänzungen, Änderungen und Anpassungen im Verlaufe des Verfahrens, soweit und solange diese vergaberechtlich zulässig sind. Insbesondere kann die Auftraggeberin im Laufe des Verfahrens je nach dessen Lage weitere Schreiben an die Teilnehmer bzw. Bieter richten (etwa betreffend die Aufklärung von Angebotsinhalten, die Einladung zu Terminen, die Aufforderung zu – weiteren – Angeboten). Dabei wird – so weit sachgerecht – auf das vorliegende Dokument verwiesen; es behält also Bedeutung über alle Verfahrensphasen hinweg. Das Dokument ist aber nicht Bestandteil der Vertragsunterlagen im Sinne von § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VgV.
- 9 Durch die Bewerbung und die Abgabe eines Angebots erklären die Bieter zugleich, die Regelungen dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen zu akzeptieren.
- 10 Für das Vergabeverfahren gelten folgende Vorgaben:

II. Auftraggeberin und Auftragsgegenstand

1. Vergabestelle und Auftraggeberin

a) Auftraggeberin

- 11 Öffentliche Auftraggeberin und im Zuschlagsfall Vertragspartnerin des erfolgreichen Bieters (nachfolgend kurz: die „Auftraggeberin“ oder „AG“) ist:

Gemeinde Ahrensböck
Der Bürgermeister
Poststraße 1
23623 Ahrensböck

b) Kontaktstelle

- 12 Kontaktstelle der Auftraggeberin im vorliegenden Verfahren ist:

Gemeinde Ahrensböck
Der Bürgermeister
Team III Planung Bauservice
z. H. Frau Christin Mahnke
Poststraße 1
23623 Ahrensböck
E-Mail: Vergabestelle-T3@ahrensboeck.de

Hinweis: Elektronische Nachrichten der Teilnehmer sind nicht per E-Mail, sondern über die E-Vergabe-Plattform zu übermitteln, vgl. unten bei Tz. 82 ff.]

- 13 An die Kontaktstelle sind Mitteilungen und Anfragen des Bieters unter Verwendung der E-Vergabe-Plattform zu richten.
- 14 Zur Kommunikation im Verfahren vgl. noch weiter unten (insbes. Tz. 82 ff.). Für Teilnahme und Angebote gelten zudem besondere Regelungen zur Einreichung mit elektronischen Mitteln über die E-Vergabe-Plattform, die ebenfalls unten Tz. 82 ff. dargestellt sind.

2. Auftragsgegenstand

a) Gegenstand des Auftrags

- 15 Gegenstand des Auftrags ist die Durchführung und Abwicklung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Zukunftsgestaltung Daseinsvorsorge“ als treuhänderischer Sanierungsträger der Gemeinde Ahrensböck im Sinne von §§ 157, 160 BauGB in den durch

Sanierungssatzung nach § 142 BauGB förmlich festgelegten Sanierungsgebieten „Bürgerhaus“, „Ahrensböck West“ und „Rettungszentrum“ im Rahmen des mit Bundes- und Landesfördermitteln durchgeführten Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“.

- 16 Einzelheiten sind den Vertragsunterlagen zu entnehmen.

b) Umfang des Auftrags

- 17 Der Auftrag ist auf die Dauer der Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Zukunftsgestaltung Daseinsvorsorge“ in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten „Bürgerhaus“, „Ahrensböck West“ und „Rettungszentrum“ angelegt, für die eine Dauer von 15 Jahren angesetzt wird. Die Abgrenzung der Sanierungsgebiete insgesamt ist im Einzelnen dem Lageplan (Anlage 1 zum Sanierungsträgervertrag) zu entnehmen. Der Wert des Auftrags wird auf 269.000,00 € netto geschätzt. Grundlage der Schätzung ist die aus vorläufiger Sicht der Gemeinde zu erwartende Vergütung des Sanierungsträgers über 48 Monate (vgl. § 3 Abs. 11 Nr. 2 VgV). Ausweislich des Maßnahmenkonzepts zu den Maßnahmen der Abwicklung sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht, die Bestandteil der Vorbereitenden Untersuchungen und des integrierten Entwicklungskonzepts sind (vgl. dort S. 128 bzw. Anlage 2 des VU IEK), wird mit einer Gesamtvergütung für den Sanierungsträger von 1.200.000,00 € brutto gerechnet; die Untersuchung geht von einer 15-jährigen Dauer aus (vgl. dort S. 128). Eine (rein lineare) Verteilung für diese hypothetische Betrachtung führt daher zu jährlichen Kosten in Höhe von 80.000,00 € brutto pro Jahr, entsprechend 67.226,89 € netto. Daraus ergibt sich leicht aufgerundet der genannte Netto-Schätzbetrag für 4 Jahre. Die Angabe begründet in keiner Weise einen Anspruch auf eine Vergütung gerade in dieser Höhe. Maßgeblich für die tatsächliche Vergütung sind allein die vertraglichen Regelungen.

c) Lose

- 18 Eine Aufteilung der Leistungen in Lose ist nicht vorgesehen. Nach dem Ergebnis der Abwägung der Gemeinde erfordern im Sinne von § 97 Abs. 4 S. 3 GWB vor allem „technische“ – fachliche – Gründe die einheitliche Vergabe. Die Gemeinde erwartet eine integrierte und koordinierende Durchführung der im Vertrag und der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen eines treuhänderischen Sanierungsträgers.

d) Optionen

- 19 Gesondert ausgewiesene optionale Leistungen sind nicht vorgesehen – unbeschadet des Umstands, dass die vom Sanierungsträger zu erbringenden Leistungen im Rahmen der Durchführung seiner Aufgaben je nach Erfordernis zu konkretisieren und an den tatsächlichen Bedürfnissen der gegenständlichen städtebaulichen Gesamtmaßnahme und dem Verlauf dieses Projekts auszurichten sind. Dauer des Auftrags und tatsächlich entstehender Zeitaufwand für den Auftragnehmer hängen daher auch von den Vorgaben der Gemeinde im Projektverlauf ab.
- 20 Vorbehalten bleiben ferner Ergänzungen und Änderungen der Leistungen und des Sanierungsträgervertrages nach Maßgabe der diesbezüglichen vertraglichen Regelungen und der vergaberechtlichen Zulässigkeit.

e) Ausführungsfrist

- 21 Die Ausführung der vertraglichen Leistungen beginnt mit der Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) und endet nach Maßgabe der vertraglichen Regelungen, also mit Bestandskraft/Rechtskraft des Bescheides des Zuwendungsgebers bzw. der abrechnenden Stelle (Investitionsbank Schleswig-Holstein) über die Schlussabrechnung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme. Es wird eine Projektdauer von 15 Jahren veranschlagt.

f) Ausführungsort

- 22 Ausführungsort der Leistungen ist Ahrensböök. Büroarbeiten können vom Sitz/Bürostandort des Auftragnehmers aus erledigt werden. Unbeschadet bleibt das Erfordernis, in dem nach Maßgabe des Projektstands und den Anforderungen der Gemeinde erforderlichen Umfang Ortstermine wahrzunehmen, etwa für Besprechungen, Gremiensitzungen und Verhandlungen mit Eigentümern sowie Termine im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Gleiches gilt für Besprechungen mit zuständigen Behörden an deren Sitz (z. B. in Kiel).

g) Zahlungsbedingungen / Preisnachlässe

- 23 Die Vergütung der Leistung bestimmt sich nach den vertraglichen Regelungen. Vorgeesehen ist eine Vergütung nach dem tatsächlichen, nachzuweisenden Zeitaufwand der mit der Durchführung der vertraglichen Aufgaben unmittelbar befassten Fachkräfte sowie den Nebenkosten.

- 24 Preisnachlässe ohne Bedingungen sind unmittelbar in den Angebotspreis einzurechnen. In den Vergabeunterlagen nicht vorgesehene bedingte Preisnachlässe werden nicht gewertet. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Angebotsinhalt, falls das Angebot nicht ausgeschlossen wird.

h) Sicherheitsleistungen

- 25 Die Stellung von Sicherheiten durch den Sanierungsträger gegenüber der Gemeinde etwa in der Form von Bürgschaften und Kautionen ist nicht vorgesehen. Unberührt bleibt die Verpflichtung des Sanierungsträgers zur Sicherung des Treuhandvermögens nach Maßgabe von § 161 BauGB.
- 26 Erforderlich ist die Unterhaltung einer Haftpflichtversicherung mit den in diesem Dokument und dem Vertragstext geforderten Deckungssummen.

i) Vertragsbedingungen

- 27 Die Vertragsbedingungen sind Gegenstand der Aushandlung im Verhandlungsverfahren. Die Verhandlung findet ausschließlich auf der Grundlage der von der Auftraggeberin im Entwurf vorgegebenen Bedingungen statt. Einzelheiten sind weiter unten in diesem Dokument bestimmt.

III. Ablauf des Vergabeverfahrens

- 28 Die nachfolgenden Ausführungen sind sowohl für die Bewerbung im Teilnahmewettbewerb als auch für die Beteiligung der in diesem Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber/Bieter im anschließenden Verhandlungsverfahren bedeutsam.

1. Art der Vergabe, Verweis auf die Auftragsbekanntmachung

- 29 Auf das Verfahren finden die Vorschriften des GWB unter Berücksichtigung des am 18.04.2016 in Kraft getretenen Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes vom 17.02.2016 (BGBl. I S. 203) und die Vergabeverordnung (VgV) vom 12.04.2016 (BGBl. I S. 624) jeweils in der zum Zeitpunkt der Absendung der Auftragsbekanntmachung (Einleitung des Vergabeverfahrens) geltenden Fassung Anwendung.
- 30 Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 2 und 5 GWB, § 14 Abs. 3 VgV geführt.

- 31 Die Wahl dieser Verfahrensart erfolgt vorliegend aus mehreren der in § 14 Abs. 3 VgV aufgezählten Gründe:
- 32 Zunächst einmal können im Sinne von § 14 Abs. 3 Nr. 4 VgV die technischen Anforderungen an die Leistung von der öffentlichen Auftraggeberin nicht mit ausreichender Genauigkeit unter Verweis auf die in der Anlage 1 Nr. 2 - 5 zur VgV genannten (technischen) Normen usw. beschrieben werden, sondern es ist auf Leistungs- und Funktionsanforderungen im Sinne von § 31 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VgV zurückzugreifen.
- 33 Dies wiederum beruht auf einem Umstand, der sogleich auf einen weiteren Grund für die Wahl der Verfahrensart verweist, nämlich auf § 14 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Der Auftrag umfasst auch konzeptionelle Lösungen. Die Tätigkeiten des Sanierungsträgers verlangen ein eigenständiges planvolles Herangehen an die Aufgabe und die Entwicklung von Vorschlägen betreffend die Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme.
- 34 Schließlich ist die Aufgabe auch im Sinne von § 14 Abs. 3 Nr. 3 VgV so komplex, dass eine Vergabe ohne vorherige Verhandlungen zumindest fragwürdig erscheint. Aufgrund der erforderlichen langfristigen Zusammenarbeit einerseits und der nur eingeschränkt möglichen konkreten Beschreibung der Aufgaben erscheint es zumindest im Regelfall erforderlich, ein gemeinsames Verständnis in einem Verhandlungsgespräch zu konkretisieren.
- 35 Jeder dieser Gründe trägt für sich genommen die Wahl der Verfahrensart.
- 36 Das Verfahren ist durch die europaweite Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU bekannt gemacht worden. Auf den Inhalt der Auftragsbekanntmachung wird vollinhaltlich Bezug genommen.

2. Öffentliche Bereitstellung der Vergabeunterlagen

- 37 Entsprechend § 41 Abs. 1 VgV sind die vorliegenden Vergabeunterlagen unter der in der Auftragsbekanntmachung angegebenen elektronischen Adresse der E-Vergabe-Plattform „Deutsches Vergabeportal“ (nachfolgend auch die „E-Vergabe-Plattform“)

<https://dtvp.de/>

unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar gemacht worden.

- 38 Während des Teilnahmewettbewerbs werden auch etwaige Aktualisierungen der Unterlagen oder Antworten auf Bewerberfragen über die E-Vergabe-Plattform bereitgestellt (vgl. Tz. 127). Interessierte Unternehmen sind daher aufgefordert, sich regelmäßig zu informieren. Eine automatische Information über Änderungen kann von einer je nach Angebot der Plattform kostenpflichtigen Registrierung abhängen. Eine Registrierung ist (soweit noch nicht erfolgt) spätestens mit Abgabe eines Teilnahmeantrags für jeden Teilnehmer erforderlich.

3. Geplanter Verfahrensablauf

a) Übersicht

- 39 Entsprechend den rechtlichen Erfordernissen und den Erfordernissen des konkreten Beschaffungsvorhabens ist der Verfahrensablauf in verschiedene Phasen strukturiert, nämlich
- den Teilnahmewettbewerb,
 - die Abforderung der Erstangebote von den zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufgeforderten Unternehmen,
 - die Auswahl der Erstangebote, auf die der Zuschlag vorbehalten wird,
 - falls nicht auf ein Erstangebot zugeschlagen wird:
 - die Verhandlungsphase,
 - die Phase endgültiger Angebote,
 - die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots,
 - die Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport nach Städtebauförderungsrecht
 - Bieterinformation nach § 134 GWB,
 - Zuschlag und Vertragsschluss.

- 40 Ein Verhandlungsverfahren ist als dynamischer Prozess angelegt. Eine Konkretisierung und Änderung des Verfahrensablaufs bleibt daher vorbehalten. Die Auftraggeberin wird solche Änderungen den Teilnehmern rechtzeitig mitteilen.
- 41 Im Interesse des Geheimwettbewerbs sind direkte Kontaktaufnahmen durch Bewerber bzw. Bieter, an der Bewerbung bzw. dem Angebot beteiligte Unternehmen oder deren Berater mit anderen Behörden oder öffentlichen Stellen (wie Landesplanung, Städtebauförderung) zur Erlangung weiterer Informationen nicht zugelassen. Etwaige Fragen sind als Bieterfragen über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabe-Plattform einzureichen.

b) Teilnahmewettbewerb

- 42 Wie oben schon ausgeführt, steht vor dem eigentlichen Verhandlungsverfahren zunächst der durch die vorgenannte Auftragsbekanntmachung eingeleitete europaweite Teilnahmewettbewerb. Dieser Teilnahmewettbewerb dient nicht der Abgabe von Angeboten, sondern der Auswahl der am Verhandlungsverfahren zu beteiligenden Bewerber.
- 43 Diese Auswahl im Teilnahmewettbewerb kann auch eine Begrenzung der Zahl der Bewerber gemäß § 51 VgV für das nachfolgende Verfahren enthalten (s. dazu unten Tz. 258 ff.).
- 44 Die Anforderungen an die Teilnahmeanträge (Bedingungen für die Teilnahme) und die Regelungen zur Auswahl unter den Bewerbern sind in der Auftragsbekanntmachung sowie in dem vorliegenden Dokument genannt (vgl. unten Tz. 185 ff.).

c) Verhandlungsverfahren

aa) Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots

- 45 Nach dem Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe das Verhandlungsverfahren. Dies leitet die Phase der Erstangebote ein.
- 46 Die Auftraggeberin fordert mit der Angebotsaufforderung nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs die ausgewählten Bewerber zur Abgabe von Erstangeboten auf, die innerhalb der Frist und nach den für sie aufgestellten Regeln einzureichen sind.
- 47 Zu den Vergabeunterlagen können entsprechend den hierzu unten noch gesondert getroffenen Regelungen in der Angebotsphase angebotsrelevante Fragen an die Auftraggeberin gestellt werden.

bb) Prüfung und Wertung der Erstangebote

- 48 Die Auftraggeberin wird die Erstangebote nach Ablauf der dafür bestimmten Angebotsfrist öffnen, prüfen und (soweit wertungsfähig) einer Wertung unterziehen.
- 49 Im Rahmen der Wertung behält sich die Auftraggeberin Aufklärungsfragen vor, nötigenfalls auch die Durchführung von Aufklärungsgesprächen (die noch nicht der Verhandlung dienen).

cc) Vorbehaltener Zuschlag auf Erstangebot

- 50 Die Auftraggeberin behält sich gemäß § 17 Abs. 11 VgV vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Eine solche Vergabe erfolgt – selbstverständlich – nur auf der Basis einer Angebotswertung nach den Zuschlagskriterien.

ACHTUNG: Aus dem genannten Grund darf auch das Erstangebot keine Vorbehalte enthalten (Bezeichnungen z. B. als „indikativ“ oder „unverbindlich“ oder „freibleibend“ sind unzulässig!).

dd) Verringerung der Zahl der Angebote

- 51 Für den Fall, dass der Auftrag nicht auf der Grundlage der Erstangebote vergeben wird, behält sich die Auftraggeberin vor, nach der Prüfung und Wertung der Erstangebote die Zahl der zu verhandelnden Angebote zu verkleinern und nur den verkleinerten Bieterkreis zu Verhandlungen oder zur Abgabe weiterer Angebote aufzufordern. Ob davon Gebrauch gemacht wird, hängt von der Wettbewerbssituation und dem Ergebnis der Phase der Erstangebote ab.
- 52 Eine solche Verringerung erfolgt stets auf der Grundlage einer Bewertung anhand der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien (§ 17 Abs. 12 VgV). Soweit aufgrund des Charakters der Erstangebote erforderlich, behält sich die Auftraggeberin insoweit im Rahmen der Wertung vor, plausible Annahmen zum definitiven Angebotsinhalt zu treffen.
- 53 Die Verringerung kann dabei in der Regel in der Form einer Zurückstellung unter dem Vorbehalt erfolgen, wieder in den Kreis der Verhandlungspartner nachzurücken, wenn in diesem Verhandlungskreis verbliebene Bieter ausgeschieden werden oder die Verhandlungssituation die Wiedereinbeziehung weiterer Bieter zur Erzielung eines optimalen wirtschaftlichen Ergebnisses angezeigt erscheinen lässt. Dieser Vorbehalt führt aber

nicht dazu, dass die Angebote der zurückgestellten Bieter im weiteren Angebotsvergleich fortlaufend mit gewertet würden.

- 54 Die Auftraggeberin wird die betroffenen Bieter von ihrer Entscheidung jeweils unverzüglich in Textform unterrichten.

ee) Verhandlungsphase

- 55 Nach der Prüfung und Wertung der Erstangebote beginnt die Verhandlungsphase, sofern die Auftraggeberin nicht von dem Vorbehalt Gebrauch macht, bereits auf der Basis der Erstangebote den Auftrag zu vergeben.

- 56 Die Verhandlungsrunden finden gesondert mit dem jeweiligen Bieter statt – die Zahl der Verhandlungsrunden steht gegenwärtig noch nicht fest. Angestrebt wird, mit einer Runde pro Bieter auszukommen. Ein Anspruch auf eine bestimmte Zahl von Verhandlungsgesprächen besteht nicht.

- 57 Eine gesonderte Einladung zu den Verhandlungsrunden erfolgt jeweils durch die Auftraggeberin. Eine solche Einladung bedeutet noch keine positive Vorentscheidung über die Berücksichtigung des jeweiligen Angebots. Nimmt ein Bieter an einer Verhandlungsrunde nicht teil, muss er mit seinem Ausschluss aus dem weiteren Verhandlungsverfahren rechnen.

- 58 Die Auftraggeberin behält sich vor, bereits während der Verhandlungsrunden von den Bietern ergänzende Angaben zu den Erstangeboten oder auch Folgeangebote zu verlangen und in diesem Zusammenhang auch gegenüber den Vergabeunterlagen geänderte Vorgaben zu machen, um die Grundlage für die Abforderung verbindlicher Angebote verbessern zu können. Die Auftraggeberin beachtet dabei § 17 Abs. 13 VgV. Erforderlichenfalls wird die Auftraggeberin beabsichtigte Veränderungen der Vergabeunterlagen auch den jeweils anderen Bietern kurzfristig in Textform mitteilen.

ff) Abschluss der Verhandlungen, Phase endgültiger Angebote

- 59 Die Auftraggeberin entscheidet nach ihrem Verfahrensermessen über Anzahl und Dauer der Verhandlungsrunden sowie darüber, ob und wie viele Folgeangebote sie im Rahmen der Verhandlungen fordert. Wenn die Auftraggeberin beabsichtigt, die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet sie die im Verfahren verbliebenen Bieter hierüber und fordert diese unter Setzung einer einheitlichen Frist zur Einreichung verbindlicher Ange-

bote auf (§ 17 Abs. 14 VgV). Dies sind die endgültigen Angebote im Sinne von § 17 Abs. 10 VgV.

- 60 Je nach dem Ergebnis der Verhandlungen wird die Auftraggeberin den verbliebenen Bietern zu diesem Zweck neben einem entsprechenden Angebotsformular ggf. auch modifizierte Vertragsbedingungen und sonstige modifizierte Bestandteile der Vergabeunterlagen übermitteln. Die Auftraggeberin behält sich auf eigenen Wünschen beruhende Änderungen an den Vertragsunterlagen (im Sinne von § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VgV) auf der Grundlage von Erkenntnissen aus den Verhandlungen vor.

gg) Prüfung und Wertung endgültiger Angebote

- 61 Die Auftraggeberin wird die endgültigen Angebote prüfen – einschließlich der Prüfung der Einhaltung der Mindestanforderungen – und nach Maßgabe der Zuschlagskriterien werten. Auf der Basis dieser Wertung entscheidet die Auftraggeberin gemäß § 17 Abs. 14 S. 2 VgV über den Zuschlag. Zur Angebotsprüfung werden weiter unten in diesem Dokument noch nähere Angaben gemacht.
- 62 Eine Verhandlung über die endgültigen Angebote findet gemäß § 17 Abs. 10 VgV nicht statt. Unberührt bleibt die Möglichkeit zur Angebotsaufklärung in entsprechender Anwendung von § 15 Abs. 5 VgV.
- 63 Es wird darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin auch nach dem Teilnahmewettbewerb in der Phase der Angebotswertung die Eignung der Bieter bzw. künftigen Vertragspartner in Bezug auf Umstände zu überprüfen hat, welche nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe Zweifel an ihrem Bestehen begründen könnten (vgl. § 57 Abs. 1 VgV). In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin für den Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll, vor der Zuschlagserteilung noch einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern wird (vgl. näher unten Tz. 174).

hh) Zur Entscheidung über den Zuschlag gehört auch die Prüfung, ob das Verfahren ein wirtschaftliches Ergebnis erbracht hat oder mangels eines solchen aufgehoben wird (vgl. dazu noch unten).

ii) Bieterinformation

- 64 Zur Bieterinformation vor Zuschlagserteilung gem. § 134 GWB vgl. unten Tz. 175 f.

jj) Zuschlag und Vertragsschluss

- 65 Abgeschlossen wird das Verfahren durch die Zuschlagserteilung nebst Vertragsdokumentation. Es bleibt vorbehalten, den Zuschlag unter dem Vorbehalt der schriftlichen Beurkundung des öffentlich-rechtlichen Sanierungsträgervertrags zu erteilen.

4. Fristen

a) Allgemeines

- 66 Verspätete Teilnahmeanträge bzw. Angebote werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bewerber bzw. Bieter hat die Verspätung nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1, § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV). Für solche Umstände ist der Bewerber bzw. Bieter nachweislich. Bloße Verzögerungen bei der Übermittlung, wie sie immer mal wieder vorkommen können (etwa Fehler beim Upload, nicht aktuelle Bietersoftware) sind vom Bewerber bzw. Bieter zu vertreten. Im Falle von technischen Fehlern/Störungen, die aus der Sphäre der verwendeten E-Vergabe-Plattform stammen, obliegt es dem Bewerber bzw. Bieter, rechtzeitig eine Fristverlängerung zur Einreichung des Teilnahmeantrages bzw. Angebotes zu beantragen. Die Fristverlängerung ist, sofern der Fehler bzw. die Störung der E-Vergabe-Plattform auch deren Kommunikationsfunktion betrifft, über die Kontaktstelle der Auftraggeberin oder deren rechtliche Berater zu beantragen (s. Tz. 12, 112). Die unter Tz. 93 genannten Anforderungen bleiben hiervon unberührt.

b) Frist für den Teilnahmeantrag / Bewerbung

- 67 Die Frist für die Stellung des Teilnahmeantrags (Bewerbung) läuft, wie in der Auftragsbekanntmachung angegeben, ab am

09.07.2026, 12:00 Uhr.

c) Geplante Versendung der Angebotsaufforderung

- 68 Es ist vorgesehen, die Auswertung der Teilnahmeanträge und die Auswahl der Teilnehmer für das Verhandlungsverfahren so vorzunehmen, dass die Versendung der Aufforderung zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren und zur Abgabe der Erstanteile am

23.07.2026

erfolgen kann. Änderungen bleiben vorbehalten, insbesondere für den Fall, dass hinsichtlich der Teilnahmeanträge Nachforderungen erfolgen sollten.

d) Frist für Zusatzinformationen / Bieterfragen

69 Zusatzinformationen über die Vergabeunterlagen im Sinne von § 20 Abs. 3 S. 3 VgV bzw. Mitteilungen über Unklarheiten in diesen Unterlagen können bis zum

14.08.2026

erbeten werden (Bieterfragen). Bis dahin gelten die Zusatzinformationen als rechtzeitig angefordert im Sinne von § 20 Abs. 3 S. 3 VgV. Später eingereichte Bieterfragen führen nicht zu einer Verlängerung von Angebotsfristen. Vgl. näher auch unten Tz. 125 ff.

aa) Angebotsfrist Erstangebote

70 Die Frist für die Abgabe der Erstangebote läuft ab am

24.08.2026, 12:00 Uhr.

bb) Angebotsfrist endgültige Angebote

71 Falls der Auftrag nicht auf der Grundlage der Erstangebote vergeben wird (siehe oben Tz. 50), wird die Frist für die Einreichung endgültiger Angebote gem. § 17 Abs. 14 VgV nach Abschluss der Verhandlungen mit der Aufforderung zur Abgabe endgültiger Angebote festgelegt und mitgeteilt. Geplant ist eine etwa zweiwöchige Frist für die Abgabe der verbindlichen Angebote.

e) Zuschlags- und Bindefrist

72 Da vorliegend gemäß § 17 Abs. 11 VgV der Zuschlag auf das Erstangebot vorbehalten ist (siehe oben Tz. 50), ist bereits das Erstangebot als vertragsrechtlich verbindlich anzusehen und entsprechend einzureichen. Es bindet daher ebenso wie ein ggf. auf gesonderte Aufforderung der Auftraggeberin vorgelegtes endgültiges Angebot nach der Verhandlungsphase den Bieter zivilrechtlich bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist.

73 Die Zuschlags- und Bindefrist läuft ab am

24.11.2026.

- 74 Bis dahin kann sich der Bieter von seinem Angebot nicht lösen, die Auftraggeberin kann es bis dahin annehmen. Für eine verspätete Annahme gelten die allgemeinen Regeln.
- 75 Die Auftraggeberin behält sich vor, je nach dem Verlauf des Verhandlungsverfahrens um eine Verlängerung der Zuschlags- und Bindefrist zu ersuchen. Insbesondere muss der für den Zuschlag vorgesehene Bieter mit einer solchen Verlängerung für den Fall eines Nachprüfungsverfahrens rechnen.

IV. Allgemeine Bestimmungen für das Vergabeverfahren

1. Anwendbare Rechtsvorschriften

- 76 Vergaberechtlich richtet sich das Verfahren auf der Grundlage des GWB unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts vom 17.02.2016 (BGBl. I S. 203) und nach der Vergabeverordnung (VgV) in der Fassung der Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts vom 12.04.2016 (BGBl. I S. 624). Hinzuweisen ist darauf, dass die VOL/A (im Gegensatz zur VOL/B) auf dieses Verfahren keine Anwendung findet.

2. Informationsübermittlung

a) Verfahrenssprache

- 77 Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Alle Teilnahmeanträge, Bieterfragen und Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen, soweit nicht im Einzelfall für einzelne Bestandteile Ausnahmen zugelassen werden. Die mündliche Kommunikation erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache. Auch die Vertragssprache ist Deutsch (vgl. Vertragstext).

b) Ansprechpartner

- 78 Jeder Teilnehmer des Verfahrens soll mit dem Teilnahmeantrag, zumindest aber mit der Einreichung des Erstangebots schriftlich eine natürliche Person als einheitlichen Ansprechpartner/-in und Verfahrensbevollmächtigten benennen, die Benennung eines ständigen Stellvertreters oder einer ständigen Stellvertreterin ist zulässig und zu empfehlen. Erfolgt keine Benennung, so gilt jede Person, welche den Teilnahmeantrag unterzeichnet hat, als Verfahrensbevollmächtigter.

- 79 Für den Verfahrensbevollmächtigten sollen die üblichen geschäftlichen Kommunikationsanschlüsse (mindestens Postadresse, Fax, E-Mail, Telefon) mitgeteilt werden. Unberührt bleiben die Regelungen dieses Dokuments zu den Kommunikationsformen im Verfahren (s. dazu sogleich ab Tz. 82 ff.).
- 80 Der Verfahrensbevollmächtigte gilt als vom Teilnehmer bevollmächtigt, alle verfahrenserheblichen Erklärungen gegenüber der Auftraggeberin abzugeben und von diesem in Empfang zu nehmen. Die Verfahrensvollmacht gilt so lange, bis die Benennung und Bevollmächtigung durch die schriftliche Benennung eines anderen Verfahrensbevollmächtigten widerrufen wird.
- 81 Die vorstehenden Regelungen zu einem Verfahrensbevollmächtigten gelten unabhängig von den Bestimmungen zur Benennung eines „bevollmächtigten Vertreters“ für Bewerber- oder Bietergemeinschaften (bei jenem bevollmächtigten Vertreter handelt es sich um ein Unternehmen, nicht eine natürliche Person).

c) Kommunikationsmittel

aa) Allgemeines

- 82 Für das Senden, Empfangen, Weiterleiten und Speichern von Daten in diesem Vergabeverfahren verwenden die Auftraggeberin und die am Verfahren beteiligten Unternehmen grundsätzlich Geräte und Programme für die elektronische Datenübermittlung (elektronische Mittel), vgl. § 9 Abs. 1 VgV.
- 83 Ebenso sind Teilnahmeanträge und Angebote mithilfe elektronischer Mittel zu übermitteln, § 53 VgV.
- 84 Die Kommunikation im Verfahren erfolgt grundsätzlich mindestens in Textform unter Verwendung der elektronischen Mittel. Mündliche Kommunikation kann erfolgen, soweit sie nicht die Vergabeunterlagen, die Teilnahmeanträge oder die Angebote betrifft und wenn sie ausreichend und in geeigneter Weise dokumentiert wird (§ 9 Abs. 2 VgV). Mündliche Kommunikation findet dementsprechend im Rahmen von Verhandlungsgesprächen (unter Umständen auch Aufklärungsgesprächen) oder zu organisatorischen Zwecken statt.

bb) Vergabeunterlagen

- 85 Die Vergabeunterlagen werden öffentlich bereitgestellt (vgl. oben Tz. 37 ff.). Änderungen, Aktualisierungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen, die erst nach Ablauf

des Teilnahmewettbewerbs erfolgen, etwa als Resultat der geführten Verhandlungen, werden nicht öffentlich, sondern per Kommunikation über die E-Vergabe-Plattform den Bewerbern/Bietern bereitgestellt.

cc) Übermittlung von Teilnahmeanträgen und Angeboten

- 86 Auch der Gewährleistung der Anforderungen gem. § 10 VgV wegen (z. B. kein vorfristiger Zugriff auf empfangene Daten = Verschlüsselung), sind Teilnahmeanträge und Angebote durch elektronische Mittel über die E-Vergabe-Plattform

<https://www.dtvp.de/>

einzureichen. Dazu ist eine Registrierung des jeweiligen Bewerbers bzw. Bieters erforderlich.

- 87 Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur gemäß § 53 Abs. 3 S. 2 VgV wird für Teilnahmeanträge und Angebote zunächst nicht gefordert. Soweit die Formulare der Auftraggeberin Unterschriftsfelder enthalten, sind diese möglichst (= nicht zwingend, aber erwünscht) mit der Namensangabe des Erklärenden (natürliche Person, z. B. Geschäftsführer/-in, Projektleiter/-in o. Ä.) in Textform zu versehen und möglichst auch im Ausdruck handschriftlich zu unterzeichnen und als gescanntes Dokument elektronisch einzureichen. Im Übrigen ist die Abgabe über die nach der Registrierung des Bewerbers von der E-Vergabe-Plattform bereitgestellte Bietersoftware ausreichend. Es bleibt vorbehalten, für die endgültigen Angebote eine qualifizierte Signatur zu fordern. Dies würde bei der Abforderung mitgeteilt. Ebenso bleibt vorbehalten, den Zuschlag unter dem Vorbehalt der schriftlichen Beurkundung des öffentlich-rechtlichen Sanierungsträgervertrags zu erteilen.

dd) Antworten auf Bieterfragen/Zusatzinformationen

- 88 Antworten der Auftraggeberin auf Bieterfragen (Anforderung von Zusatzinformationen) werden von ihr während des Teilnahmewettbewerbs (soweit für diesen relevant) elektronisch unter der Adresse bereitgestellt, unter der auch die Vergabeunterlagen zugänglich sind. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs behält sich die Auftraggeberin vor, derartige Antworten nur den ausgewählten Bewerbern auf elektronischem Wege über die E-Vergabe-Plattform zu übermitteln (siehe sogleich), wobei die Übermittlung jeweils in gleicher Weise und praktisch gleichzeitig an die ausgewählten Bewerber/Bieter erfolgt.

ee) Übermittlung sonstiger Informationen

- 89 Wie ausgeführt, erfolgt die Übermittlung sonstiger Informationen/Daten grundsätzlich mit elektronischen Mitteln, und zwar über die bereits erwähnte E-Vergabe-Plattform.
- 90 Außer für die Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung und die Bereitstellung der Vergabeunterlagen ist eine Registrierung des jeweiligen interessierten Unternehmens/Bewerbers/Bieters (soweit diese nicht bereits für diese Plattform erfolgt ist) und die Nutzung der Bietersoftware erforderlich. Es ist nur eine Registrierung pro Unternehmen vorgesehen. Der Registrierungsvorgang und die erforderlichen technischen Voraussetzungen sind auf der E-Vergabe-Plattform erläutert und zu beachten.
- 91 Grundlage des Nutzungsverhältnisses sind die auf der genannten Plattform ebenfalls veröffentlichten Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“). Die Anerkennung dieser AGB ist Voraussetzung für die Nutzung der Plattform und damit die Beteiligung am Verfahren.
- 92 Die Nutzung der E-Vergabe-Plattform für die Übermittlung von Informationen im Vergabeverfahren ist für die Unternehmen zwingend (soweit nicht mündliche Kommunikation von der Auftraggeberin vorgesehen ist, vgl. oben Tz. 84). Die Auftraggeberin behält sich vor, Informationen, die auf anderem Wege übermittelt werden, unberücksichtigt zu lassen, soweit sie nicht zur Nutzung anderer Wege aufgefordert hat.
- 93 Soweit ausnahmsweise aus technischen Gründen oder aus Rechtsgründen eine Kommunikation über die E-Vergabe-Plattform nicht möglich oder ausreichend ist, behält sich die Auftraggeberin vor, im Einzelfall andere Kommunikationsmittel zuzulassen oder zu fordern (z. B., falls sie im Einzelfall die Vorlage eines schriftlichen Originals einer Urkunde fordert). Unberührt bleiben zwingende Anforderungen z. B. an die Verschlüsselung von Angeboten.
- 94 Der abschließende Vertragsschluss wird in jedem Fall in Schriftform dokumentiert.

d) Datenverarbeitung

- 95 Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden bei den Teilnehmern bzw. den für sie, für die Mitglieder ihrer Bietergemeinschaft, für ihre beabsichtigten Nachunternehmer oder sonst im Interesse des jeweiligen Teilnehmers im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet.

96 Dies betrifft:

- Namen, Adressangaben und sonstige Kommunikationsanschlüsse sowie
- Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

97 Personenbezogene Daten können auch in unternehmens- oder angebotsbezogenen Dokumenten enthalten sein, welche von den Bewerbern bzw. Bietern der Auftraggeberin gemäß den Regeln des Vergabeverfahrens elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

98 Verantwortliche Stelle ist die Gemeinde Ahrensböck. Die Kontaktdaten sind oben bei Tz. 12 genannt.

99 Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen liegenden öffentlichen Aufgabe, nämlich der Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen nach dem BauGB. Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann die Gemeinde sich gemäß § 157 BauGB eines Sanierungsträgers bedienen und beabsichtigt dies hier auch. Zu diesem Zweck führt sie vorliegende Vergabeverfahren durch. Die Erhebung und Verarbeitung der Daten ist für die rechtmäßige und zweckmäßige Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich.

100 Eine von der Beteiligung am Vergabeverfahren unabhängige Rechtspflicht zur Angabe von personenbezogenen Daten besteht nicht. Die im Verfahren erhobenen personenbezogenen Daten sind aber erforderlich, um das Vergabeverfahren durchführen und dokumentieren sowie ggf. dem Teilnehmer den Zuschlag erteilen zu können. Insbesondere sind die Daten erforderlich, um die Eignung der Teilnehmer (auch noch nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs) prüfen und das Verhandlungsverfahren durchführen sowie im Anschluss die Angebote bewerten zu können.

101 Ohne die Angabe der erhobenen personenbezogenen Daten können sich für den Bewerber bzw. Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens deshalb nachteilige Konsequenzen ergeben, insbesondere der Ausschluss vom Verfahren ergeben (insbesondere bei deshalb unvollständigen Teilnahmeanträgen oder Angeboten).

102 Die im Rahmen des Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert wie dies für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer bestimmt sich im vorliegenden Fall auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse etwaiger Prüfungen des Vergabeverfahrens durch Kontrollinstanzen wie das MIKWS. Die Aufbewahrungsfristen werden gem. C 10 der Städtebauförderungsrichtlinien 2026 nach den Zweckbindungsfristen bemessen. Diese betragen je nach dem Inhalt der einzelnen mit Städtebauförderungsmitteln durchgeführten Maßnahmen zwischen 10 und 25 Jahren.

103 Der behördliche Datenschutzbeauftragte für die Gemeinde ist wie folgt zu erreichen:

Christian Militzer
Telefon: +49 4525 – 495 128
E-Mail: datenschutz@ahrensboek.de

104 Hingewiesen wird auf das Recht der Betroffenen gemäß Art. 77 der Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) –, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die genannte Verordnung verstößt. Für die Gemeinde zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 Abs. 1 der genannten Verordnung ist gemäß § 17 des Landesdatenschutzgesetzes vom 02.05.2018 die

Landesbeauftragte für den Datenschutz
Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein AöR
Holstenstraße 98
24103 Kiel
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de
Telefon: (0431) 988-1200
Fax: (0431) 988-1223

105 Die Betroffenen können nach Maßgabe des Art. 15 DS-GVO Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen, insbesondere über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen gegenüber die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, falls möglich die geplante Dauer, für die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer und die verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten.

106 Die Betroffenen können die Berichtigung unrichtiger und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten nach Maßgabe von Art. 16 DS-GVO verlangen.

- 107 Die Betroffenen können nach Maßgabe von Art. 17 DS-GVO die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, insbesondere, wenn die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind. Dies gilt jedoch insbesondere dann nicht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer Rechtspflicht oder zur Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- 108 Die Betroffenen können nach Maßgabe von Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von den Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, die Betroffenen aber deren Löschung ablehnen oder die Daten nicht mehr benötigt werden, die Betroffenen jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder die Betroffenen Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 DS-GVO eingelegt haben.
- 109 Hingewiesen wird ferner auf das Widerspruchsrecht des Betroffenen aus Gründen einer besonderen Situation gemäß Art. 21 DS-GVO: Jede betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund der Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erfolgt, Widerspruch einzulegen. In diesem Fall verarbeitet der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- 110 Auch insoweit gilt der obige Hinweis, dass ohne die Verarbeitung unter Umständen eine weitere Beteiligung am Vergabeverfahren nicht möglich ist.
- 111 Die personenbezogenen Daten können von der Gemeinde an andere Behörden übermittelt werden, soweit dies zur Erfüllung der Aufgabe und insbesondere der Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist. Dies betrifft insbesondere die Übermittlung an Behörden des Zuwendungsgebers, konkret das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein und die Investitionsbank Schleswig-Holstein.

- 112 Die personenbezogenen Daten können von der Auftraggeberin an die folgenden externen Berater für die genannten Zwecke des Vergabeverfahrens übermittelt und von diesen verarbeitet werden:

als rechtlicher Berater:

WEISSLEDER EWER Rechtsanwälte Partnerschaft mbB,
Walkerdamm 4-6, 24103 Kiel.

- 113 Die vorstehenden Stellen und Dienstleister werden die personenbezogenen Daten ausschließlich für die Zwecke des Vergabeverfahrens nutzen und verarbeiten. Sie sind vertraglich oder durch Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- 114 Der jeweilige Teilnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die in seiner Sphäre Betroffenen entsprechend aufgeklärt werden und ggf. erforderliche Einwilligungen eingeholt werden.
- 115 Im Zusammenhang mit dem erforderlichen Einsatz einer E-Vergabe-Plattform gelten die vorstehenden Hinweise auch für die Dokumente, die über diese E-Vergabe-Plattform an die Auftraggeberin übermittelt werden (oder von dieser an teilnehmende Unternehmen), also etwa Teilnahmeanträge und Angebote sowie z. B. Bieterfragen. Für die Daten, die für die Nutzung der Plattform selbst benötigt werden, also insbes. die Anmeldung/Registrierung auf der Plattform im Rahmen des Nutzungsvertrags mit dem Plattformbetreiber, gelten die AGB und die Datenschutzerklärung dieser Plattform. Die Datenschutzerklärung der Plattform einschließlich der Angaben zum Verantwortlichen und zum Datenschutzbeauftragten finden Sie bei der Registrierung auf der Plattform.
- 116 Ergänzend zu den vorstehenden Ausführungen wird auf die Datenschutzerklärung der Gemeinde Ahrensböök für die Nutzung von der jeweiligen Website verwiesen, die unter der nachfolgenden Adresse öffentlich bereitgestellt ist:

<https://www.ahrensboek.de/Datenschutz.htm?>.

- 117 Das Vergabeverfahren wird vom Sitz der Auftraggeberin in der Gemeinde Ahrensböök aus geführt.

- 118 Verhandlungsrunden und sonstige im Verfahren angesetzte Gesprächstermine finden in Ahrensböök statt. Es bleibt vorbehalten, Gesprächstermine statt als Präsenztermine mit elektronischen Mitteln als Videokonferenz/Telefonkonferenz durchzuführen. Genauere Angaben dazu werden mit der jeweiligen individuellen Einladung mitgeteilt.
- 119 Die Teilnahme an Gesprächsterminen und anderen Vor-Ort-Terminen erfolgt auf eigene Kosten und Gefahr des jeweiligen Teilnehmers; insbesondere werden Reisekosten und Unterbringungskosten nicht erstattet.
- 120 Die Ansetzung von Gesprächsterminen erfolgt durch die Auftraggeberin durch Einladung in Textform. Die Ladungsfrist beträgt grundsätzlich ca. eine Woche, sie kann unterschritten werden, sofern der Teilnehmer nicht widerspricht.
- 121 Der jeweilige Bewerber/Bieter hat unverzüglich nach Zugang einer Einladung in Textform mitzuteilen, welche Personen von seiner Seite an den jeweiligen Terminen teilnehmen werden.
- 122 Die Auftraggeberin kann die Zahl der Personen, die für einen Teilnehmer anwesend sein dürfen, in der Ladung oder auf die vorstehend genannte Mitteilung hin beschränken. Die Auftraggeberin kann die Durchführung des Gesprächstermins davon abhängig machen, dass der bzw. die Verfahrensbevollmächtigte des Teilnehmers – hilfsweise ein ständiger Stellvertreter oder eine ständige Stellvertreterin – an dem Termin teilnimmt.
- 123 Die Gesprächstermine werden von einem Vertreter oder einer Vertreterin der Auftraggeberin geleitet, der/die auch das Hausrecht wahrnimmt. Die Anwesenden haben sich in Anwesenheitslisten einzutragen. Die Auftraggeberin sorgt für eine Niederschrift des Gesprächstermins, die dem Teilnehmer übermittelt wird.
- 124 Nimmt ein Bewerber bzw. Bieter trotz ordnungsgemäßer Einladung am Gesprächstermin nicht teil, kann das Verfahren ohne Rücksicht darauf fortgesetzt werden; auch kann dies den Ausschluss des Bieters zur Folge haben.

3. Zusatzinformationen (Bieterfragen)

- 125 Evtl. gewünschte zusätzliche Informationen über die Vergabeunterlagen einschließlich dieser Teilnahmebedingungen sind vor Registrierung bei der zuständigen Kontaktstelle anzufordern (Bieterfragen), danach grundsätzlich über die Kommunikationsfunktion der E-Vergabe-Plattform. Die Anforderung hat mindestens in Textform und auf dem oben

- Tz. 82 ff. beschriebenen Kommunikationsweg zu erfolgen, Voraussetzungen, die bei Verwendung der Kommunikationsfunktion der E-Vergabe-Plattform gewahrt werden.
- 126 Die Anforderung soll möglichst präzise auf die jeweilige Fundstelle in den Vergabeunterlagen Bezug nehmen, auf welche sich die Frage bezieht.
- 127 In der Phase des Teilnahmewettbewerbs würde die Auftraggeberin etwaige Änderungen oder Ergänzungen der Unterlagen und Antworten auf Bewerberfragen unter der in der Auftragsbekanntmachung und oben Tz. 37 genannten Adresse der E-Vergabe-Plattform veröffentlichen.
- 128 In der Phase des Verhandlungsverfahrens wird die Auftraggeberin die Fragen und Auskünfte nicht veröffentlichen, sondern in anonymisierter Form durch Bieterinformationsschreiben allen zur Teilnahme aufgeforderten Bewerbern/Bietern zugänglich machen, soweit eine Information der anderen Bewerber/Bieter nicht ausnahmsweise offensichtlich wettbewerblich entbehrlich ist. Diese Bieterinformationsschreiben werden mit den oben Tz. 82 ff. genannten Kommunikationsmitteln übermittelt.
- 129 Die Fragen sollten daher in einer neutral formulierten Form gestellt werden und keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers/Bieters enthalten. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Fragen und die Auskünfte bzw. Aufklärungen hierzu turnusmäßig zu sammeln.
- 130 Um der Auftraggeberin die rechtzeitige Erteilung derartiger Auskünfte zu ermöglichen, ist für die Anforderung die oben unter Tz. 69 gesondert genannte Frist zu beachten, die für die Rechtzeitigkeit im Sinne von § 20 Abs. 3 S. 3 VgV maßgeblich ist.
- 131 Die Auftraggeberin behält sich vor, Zusatzinformationen, die bereits während des Teilnahmewettbewerbs angefordert werden, aber ersichtlich erst für spätere Verfahrensphasen bedeutsam sind, erst nach dem Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zu erteilen. Dies gilt auch bei Hinweisen im Sinne des nachfolgenden Absatzes.

4. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- 132 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers bzw. Bieters Unklarheiten, Fehler oder Mängel in technischer oder rechtlicher Hinsicht, so hat der Bewerber bzw. Bieter unverzüglich die Auftraggeberin in der Form von Bieterfragen darauf hinzu-

weisen, und zwar unter Beachtung der für die Kommunikation in diesem Verfahren getroffenen Regelungen mindestens in Textform. Der Hinweis muss in jedem Fall so rechtzeitig erfolgen, dass die Auftraggeberin die Frage bzw. den Hinweis prüfen kann und ggf. allen Bietern eine zusätzliche Auskunft erteilen kann, welche diese bei ihrer Angebotsabgabe noch berücksichtigen können.

133 Unberührt bleiben die gesetzlichen Regelungen zu den Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB, auf die bereits in der Auftragsbekanntmachung hingewiesen worden ist und auf die unten bei Tz. 177 ff. nochmals hingewiesen wird.

134 Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags und/oder Angebots erkennt der Bewerber/Bieter die Vergabeunterlagen an. Ist ein Teilnahmeantrag und/oder Angebot unvollständig oder weicht es von den Unterlagen ab, kann sich der Bieter nicht zu seinen Gunsten auf dieses generelle Anerkenntnis der Unterlagen berufen.

5. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

135 Angebote von Bewerbern oder Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

136 Das Vergabeverfahren stellt einen Geheimwettbewerb dar. Verstöße gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs haben grundsätzlich den Ausschluss der beteiligten Unternehmen aus dem Verfahren zur Folge. Der Grundsatz des Geheimwettbewerbs ist auch verletzt, wenn ein Unternehmen als Bieter über kalkulationsrelevante Kenntnisse vom Inhalt des Angebots anderer Bieter verfügt. Auch Verletzungen der Vertraulichkeit stellen daher, soweit sie die Tatsache der Beteiligung am Verfahren, die Angebotsabgabe, die Angebotsinhalte oder dergleichen Umstände betreffen, eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung dar. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur für die Mitteilung von Inhalten des eigenen Angebots an andere Bieter.

137 Mehrfachbewerbungen und Parallelangebote – also die parallele Beteiligung eines Unternehmens an mehreren Bewerbergemeinschaften oder Bietergemeinschaften oder an einer solchen und zugleich als Einzelbewerber – sind zum Schutz des Geheimwettbewerbs grundsätzlich ausgeschlossen. Etwas anderes gilt nur, wenn mit der Bewerbung und den Angeboten jeweils der Nachweis erbracht wird, dass diese unabhängig von-

einander und ohne Kenntnis jeweiliger konkurrierender Bewerbungen bzw. Angebote erstellt wurden und kartellrechtlich zulässig sind.

- 138 Die Einbindung desselben Nachunternehmers durch mehrere Bieter ist zulässig, wenn der Geheimwettbewerb gewahrt bleibt, insbesondere der Nachunternehmer keinen bestimmenden Einfluss auf die Angebotsinhalte verschiedener Bieter oder Kenntnis von deren Preisangaben erhält, auch darf die Beteiligung desselben Nachunternehmers nicht dazu führen, dass ein Bieter den Angebotsinhalt eines anderen erschließen kann. Die Auftraggeberin kann diesbezügliche Nachweise – auch unmittelbar vom Nachunternehmer – verlangen.

6. Vertraulichkeit

- 139 Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Eine eigene Veröffentlichung durch Bewerber oder Bieter oder Dritte oder Weitergabe an auf Seiten des Bieters nicht am Angebot beteiligte Dritte – auch auszugsweise – ist nur mit gesonderter ausdrücklicher Genehmigung der ausschreibenden Stelle statthaft.
- 140 Die Unternehmen haben – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die bei ihrer Tätigkeit erlangten Kenntnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Alle Unterlagen, die ihnen im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der ausschreibenden Stelle nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.
- 141 Das vom Unternehmen beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle von ihnen im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten Unternehmen und deren Mitarbeiter/-innen.
- 142 Bewerber bzw. Bieter haben in ihren Angeboten und sonstigen Unterlagen alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Einzelnen – nicht pauschal – kenntlich zu machen und diese Kennzeichnung substantiiert zu begründen, so dass die Auftraggeberin im Falle einer Vorlage bei der Vergabekammer hierauf verweisen kann, um den Schutz der Geheimnisse geltend zu machen. Der Teilnehmer kann dies bei bereits eingereichten Unterlagen in schriftlicher Form nachholen, hat aber keinen Anspruch darauf, dass die Auftraggeberin Gelegenheit dazu gibt. Hinsichtlich der bis zum jeweiligen Zeitpunkt nicht in

dieser Weise kenntlich gemachten Informationen kann die Auftraggeberin bei der Vorlage entsprechend § 165 Abs. 3 Satz 2 GWB davon ausgehen, dass es sich nicht um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bieters handelt.

143 Die Verpflichtung der Auftraggeberin zur Wahrung der Vertraulichkeit des Vergabeverfahrens nach allgemeinen Grundsätzen (§ 5 VgV) bleibt hiervon unberührt. Die Weitergabe von Informationen an die von der Auftraggeberin bei der Durchführung des Vergabeverfahrens hinzugezogenen Beschäftigten und Berater sowie Aufsichtsbehörden oder die Vergabekammer gilt nicht als Verletzung der Vertraulichkeit. Diese Personen werden von der Auftraggeberin zur Verschwiegenheit verpflichtet, sofern eine solche Verpflichtung nicht bereits auf anderer Grundlage gegeben ist.

144 Bei der Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote sind Bewerber oder Bieter nicht zugelassen.

7. Eigentum und Schutzrechte

145 Die Vergabeunterlagen und alle weiteren Unterlagen, die dem Bieter ggf. zur Verfügung gestellt werden, bleiben Eigentum der Auftraggeberin. Sie dürfen nicht an Dritte, die auf Seiten des Bieters nicht an der Angebotserstellung beteiligt sind, weitergegeben werden. Urheberrechtliche Verwertungsrechte oder Nutzungsrechte werden von der Auftraggeberin nicht eingeräumt. Auch bleiben die Urheberrechte der Berater, die an der Vorbereitung der Leistungsverzeichnisse und der sonstigen Vergabeunterlagen mitgewirkt haben, unberührt. Eine Verwertung oder Nutzung der Unterlagen außer für die Zwecke der Bewerbung und Angebotsabgabe im vorliegenden Verfahren ist unzulässig. Dies gilt ausdrücklich auch für von der Auftraggeberin über die Vergabepattform oder sonst öffentlich zugänglich gemachten Informationen. Die Auftraggeberin kann nach Beendigung des Verfahrens die Herausgabe der von ihr übermittelten Unterlagen bzw. die Löschung von entsprechenden Daten verlangen. Soweit der Bieter aus Rechtsgründen zur Aufbewahrung verpflichtet ist, können Unterlagen zurückbehalten werden, die ausschließlich zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung zur Aufbewahrung verwendet werden dürfen.

146 Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bietern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum der Auftraggeberin über.

- 147 Die Rechte des Bieters an dem in diesen Unterlagen enthaltenen geistigen Eigentum bleiben unberührt. Falls für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder beantragt sind, so ist im Angebot darauf hinzuweisen.

8. Bewerbergemeinschaften, Bietergemeinschaften

a) Behandlung im Teilnahmewettbewerb

- 148 Für die Teilnahmeanträge sind Bedingungen, wie Bewerbergemeinschaften die Erfüllung der Eignungskriterien nachzuweisen haben, weiter unten in diesem Dokument festgelegt.

b) Bindung hinsichtlich der Zusammensetzung durch Teilnahmeantrag

- 149 Grundsätzlich gilt, dass rechtliche Identität zwischen Bewerber und vorgesehenem Zuschlagsempfänger erforderlich ist. Hinsichtlich der Zusammensetzung einer Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft sowie hinsichtlich der Bestimmung der für einzelne Leistungsbereiche verantwortlichen Unternehmen (auch als Nachunternehmer) tritt mit dem Teilnahmeantrag grundsätzlich Bindung gegenüber der Auftraggeberin ein. Änderungen setzen eine Zustimmung der Auftraggeberin voraus, die von einer weiteren Eignungsprüfung und der Wahrung der rechtlichen Identität des Bewerbers/Bieters abhängt und auf die kein Anspruch besteht. Auf die Einräumung der Gelegenheit zur Einreichung weiterer Unterlagen zur Eignung kann der Bewerber/Bieter nicht vertrauen. Diese Regelung gilt entsprechend für den Fall der Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter im Angebot (Eignungsleihe).

c) Vertretung

- 150 Jede Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft hat bereits mit dem Teilnahmeantrag ein Mitglied (Unternehmen) als bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Unbeschadet bleibt die Anforderung zur Benennung einer natürlichen Person als Ansprechpartner/Verfahrensbevollmächtigter (vgl. oben Tz. 86 ff.); der Verfahrensbevollmächtigte hat Mitarbeiter/-in oder sonstiger Vertreter des Unternehmens zu sein, welches als bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft benannt ist.

d) Auskünfte über die Struktur

- 151 Die Auftraggeberin ist berechtigt, auch nach dem Ende des Teilnahmewettbewerbs Auskünfte, Erklärungen und die Vorlage von Dokumenten hinsichtlich der Zusammensetzung und Struktur einer Bietergemeinschaft zu verlangen, soweit das für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

e) Rechtsform im Auftragsfall

- 152 Für den Fall der Auftragserteilung an eine Bietergemeinschaft verlangt die Auftraggeberin gemäß § 43 Abs. 2 S. 3 VgV, dass die Bietergemeinschaft eine Rechtsform mit gesamtschuldnerischer Haftung annimmt (insbes. Arbeitsgemeinschaft als BGB-Gesellschaft gemäß §§ 705 ff. BGB).

f) Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung

- 153 Bewerbergemeinschaften haben in ihrem Teilnahmeantrag ihre Mitglieder durch eine textliche gemeinschaftliche Bietergemeinschaftserklärung und Vollmacht zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Bietergemeinschaftserklärung muss die Verpflichtung aller Mitglieder enthalten, im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung zu übernehmen. Die Bietergemeinschaftserklärung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die im Falle der Bewerbung durch Bewerbergemeinschaften vorzulegenden Eignungsnachweise werden unten noch gesondert behandelt.

g) Gemeinschaftliche Bewerbungen und Kartellrecht

- 154 Wie oben bereits allgemein ausgeführt, sind Mehrfachbewerbungen (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft) unzulässig, es sei denn, dass von den beteiligten Unternehmen nachgewiesen wird, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander und in Unkenntnis der Inhalte des jeweils anderen Angebots erstellt wurden (vgl. näher Tz. 135 ff.).
- 155 Kartellrechtlich unzulässige Bietergemeinschaften unterliegen dem Ausschluss. Die Auftraggeberin behält sich vor, ergänzende Erklärungen und Unterlagen zur Prüfung der Zulässigkeit der Zusammenarbeit abzufordern.

9. Unteraufträge, Leistungsfähigkeit Dritter („geliehene Eignung“)

- 156 Der Bewerber hat im Teilnahmeantrag Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Unterauftragnehmer übertragen will.
- 157 Die Unterauftragnehmer sind – soweit nicht schon im Teilnahmeantrag insbesondere im Zusammenhang einer Eignungsleihe erfolgt – im Erstangebot zu benennen. Soweit Nachunternehmer benannt werden, setzt eine nachträgliche Änderung die Zustimmung der Auftraggeberin voraus entsprechend Tz. 149.
- 158 Hinsichtlich der Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) werden unten im Zusammenhang mit den Eignungskriterien noch nähere Bestimmungen getroffen.
- 159 Erläuternder Hinweis: Vergabe von Unteraufträgen und Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter verhalten sich vergaberechtlich gleichsam wie überschneidende Kreise. Die Absicht eines Bieters zur Vergabe von Unteraufträgen kann darauf beruhen, dass der Bieter ohne die Einbindung von Unterauftragnehmern nicht hinreichend fachkundig und/oder leistungsfähig wäre, also mit einer Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter einhergehen. Dies ist aber nicht notwendigerweise der Fall (nämlich dann nicht, wenn der Bieter zwar selbst hinreichend fachkundig und leistungsfähig wäre, aber aus anderen Gründen Unterauftragnehmer einbinden möchte). Umgekehrt kann eine Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter auch ohne Vergabe eines Unterauftrags beispielsweise dann vorliegen, wenn sich ein Bieter auf die Fachkunde oder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer konzernverbundenen Gesellschaft berufen möchte.
- 160 Es wird besonders auf das unten bei Tz. 205 geregelte teilweise Selbstausführungsgebot hingewiesen. Soweit dieses reicht, ist die Vergabe von Unteraufträgen nicht zulässig, die Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter nur, soweit sie der Selbstausführung nicht entgegenstünde.

10. Kostenersatz

- 161 Für die Beteiligung an dem vorliegenden Vergabeverfahren, insbesondere für die Erarbeitung der Angebote, wird ein Ersatz von Kosten und Aufwendungen nicht gewährt. Auch begründet die Aufforderung der Auftraggeberin zur Beteiligung am Verfahren keinerlei Vertragsverhältnis. Ansprüche der Bieter auf Kosten- oder Aufwendungsersatz

oder Entgeltansprüche – gleich aus welchem Rechtsgrund – sind ausgeschlossen. Es ist Grundlage und Voraussetzung der Beteiligung am Verfahren, dass das sich beteiligende Unternehmen dies anerkennt. Ein solches Anerkenntnis liegt insbesondere in der Abgabe eines Angebots oder Teilnahmeantrags.

11. Angaben insbesondere für ausländische Bieter

- 162 Die Preise sind in Euro anzubieten, Angaben im Angebot sind in deutscher Sprache abzufassen und die Kommunikation mit der Auftraggeberin ist in deutscher Sprache zu führen.
- 163 Neben den Vertragsunterlagen, die bei der Auftragserteilung Vertragsbestandteil werden, gilt ausschließlich deutsches Recht.
- 164 Für die Ausführung der Leistungen muss der Betrieb des Auftragnehmers, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, bei den für ihn zuständigen deutschen Berufsgenossenschaften angemeldet sein. Ist der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von dieser Verpflichtung befreit, so hat er dies auf Anforderung durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.
- 165 Auf die Verpflichtung der Auftraggeberin, die Umsatzsteuer des ausländischen Bewerbers erforderlichenfalls von der Gegenleistung einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, wird hingewiesen.
- 166 Ausländische Bewerber können anstelle der in diesem Dokument bzw. der Auftragsbekanntmachung genannten Eignungsnachweise auch gleichwertige Nachweise ihres Sitzlandes vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Nachweise in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

12. Prüfung der Angebote

- 167 Die Angebote werden nach Maßgabe von § 56 VgV auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit sowie rechnerische Richtigkeit geprüft.
- 168 Die Entscheidung über den Ausschluss von Angeboten richtet sich nach § 57 VgV, den gesetzlichen Ausschlussgründen gemäß §§ 123 ff. GWB und den konkretisierenden

Maßgaben dieser Bewerbungsbedingungen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass auch nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs ein Ausschluss mangels Eignung oder wegen Vorliegen eines Ausschlussgrundes erfolgen kann oder sogar muss.

13. Ungewöhnlich niedrige Angebote

169 Zur Prüfung der Angebote gehört auch die Prüfung auf ungewöhnlich niedrige Angebote. Diese erfolgt nach Maßgabe von § 60 VgV. Es wird darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin nach diesen Regelungen den Zuschlag auf solche Angebote unter Umständen ablehnen kann oder sogar muss.

170 Der umgekehrte Fall eines unangemessen hohen Angebotspreises kann ggf. zur Aufhebung des Verfahrens mangels Wirtschaftlichkeit führen.

14. Aufhebung des Verfahrens

171 Die Auftraggeberin ist gemäß § 63 Abs. 1 S. 1 VgV berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn (1) kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht, (2) sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat, (3) kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder (4) andere schwerwiegende Gründe bestehen.

172 Im Übrigen – also auch unabhängig von den vorstehenden Voraussetzungen – ist die Auftraggeberin gemäß § 63 Abs. 1 S. 2 VgV grundsätzlich nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen.

173 Nach einer etwaigen Aufhebung des Vergabeverfahrens würde die Auftraggeberin den am Verfahren noch beteiligten Bewerbern oder Bieterinnen unverzüglich die Gründe für ihre Entscheidung mitteilen, auf die Vergabe des Auftrags zu verzichten oder das Verfahren erneut einzuleiten. Diese Mitteilung erfolgt auch ohne Antrag in Textform.

15. Wettbewerbsregisterauszug

174 Nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften (insbesondere § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz) fordert die Auftraggeberin für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an. Ein Ausschluss des Bieters auf der Grundlage der erteilten Auskunft nach Maßgabe der Regelungen zu Ausschlussgründen und § 57 Abs. 1 VgV bleibt vorbehalten. Vor einem Ausschluss auf Grundlage der erteilten Auskunft wird der betroffene Bieter angehört.

16. Bieterinformation

- 175 Die Auftraggeberin wird gemäß § 134 GWB die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt (bezuschlagt) werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform auf elektronischem Wege oder per Telefax informieren, spätestens zehn Kalendertage vor Zuschlagserteilung (die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information, auf den Tag des Zugangs kommt es nicht an).
- 176 Nicht betroffen sind Teilnehmer des Verfahrens, denen bereits zuvor ihr endgültiger Ausschluss aus dem Verfahren mitgeteilt wurde oder die selbst erklärt haben, nicht weiter am Wettbewerb teilzunehmen. Nicht betroffen sind auch Bewerber, denen die Ablehnung ihrer Bewerbung bereits mitgeteilt wurde. Unberührt bleibt die Unterrichtungspflicht gem. § 62 Abs. 1 S. 1 VgV.

17. Rechtsbehelfe und Fristen

- 177 Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB).

- 178 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammer Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Telefon: + 49 431 988-4640, Telefax: + 49 431 988-4702

- 179 Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

180 Die vorgenannten Rügeobliegenheiten gelten nicht für einen Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU.

181 Die Auftraggeberin ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§134 GWB), vgl. oben Tz. 175.

182 Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 2 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch die öffentliche Auftraggeberin über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss. Hat die Auftraggeberin die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht (vgl. dazu sogleich Tz. 183 f.), endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

18. Bekanntmachung über den vergebenen Auftrag

183 Die Auftraggeberin wird nach Erteilung des Zuschlags gemäß § 39 VgV eine „Vergabebekanntmachung“ mit dem Ergebnis des Vergabeverfahrens im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt machen. Die Bekanntmachung wird nach dem entsprechenden Formblatt des Amtes für amtliche Veröffentlichungen erstellt (Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986 vom 11.11.2015, Anhang III, Standardformular 3). Dieses sieht u. a. die Angabe des Namens des Auftragnehmers vor.

184 Die Auftraggeberin ist nicht verpflichtet, einzelne Angaben zu veröffentlichen, wenn deren Veröffentlichung (1) den Gesetzesvollzug behindern, (2) dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, (3) den berechtigten geschäftlichen Interessen eines Unternehmens schaden oder (4) den lauterer Wettbewerb zwischen Unternehmen beeinträchtigen würde (§ 39 Abs. 6 VgV). Sofern ein Bieter der Auffassung ist, dass solche Gründe im Hinblick auf sein Angebot gegeben sind, soll er bereits mit dem Angebot darauf hinweisen.

V. Anforderungen an die Teilnahmeanträge

185 Nachfolgend werden die Anforderungen an die Teilnahmeanträge im Teilnahmewettbewerb beschrieben. Außerdem gelten auch für die Teilnahmeanträge die in den vorigen Abschnitten dieses Dokuments aufgeführten Bestimmungen für das Vergabeverfahren (soweit sie inhaltlich auf den Teilnahmewettbewerb anwendbar sind).

1. Form der Teilnahmeanträge

186 Am Verhandlungsverfahren können nur solche Bewerber beteiligt werden, welche sich im Teilnahmewettbewerb beworben und die als Teilnahmebedingungen geforderten Erklärungen und Nachweise erbracht haben und bei denen die Auftraggeberin die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Maßgabe der festgelegten Eignungskriterien (§ 122 GWB, §§ 42 ff. VgV) und der geforderten Eigenerklärungen und Nachweise geprüft und festgestellt hat (§ 42 Abs. 2 VgV).

187 Es sind dazu Teilnahmeanträge zu stellen, denen die geforderten Eigenerklärungen und Nachweise beizufügen sind. Die Teilnahmeanträge einschließlich der Eigenerklärungen und Nachweise sind bis zum Ende der Teilnahmeantragsfrist (Bewerbungsfrist) in textlicher Form über die E-Vergabe-Plattform bei der Auftraggeberin einzureichen, soweit Eigenerklärungen und Nachweise nicht ausnahmsweise als erst auf besondere Anforderung vorzulegen genannt sind. Soweit Eigenerklärungen und Nachweise nachfolgend als „möglichst“ vorzulegen gekennzeichnet sind, ist die Vorlage mit dem Teilnahmeantrag zu empfehlen, die Auftraggeberin kann die Auswahl der Teilnehmer ohne eine Nachforderung vornehmen.

188 Die Auftraggeberin stellt auf der eingangs bei Tz. 37 genannten E-Vergabe-Plattform einen Formularsatz für die im Rahmen des Teilnahmeantrags abzugebenden Eigenerklärungen zur Ausfüllung zur Verfügung. Die Verwendung ist grundsätzlich verbindlich,

sofern die Erklärungen nicht durch eine Zertifizierung, die – was vom Bewerber ggf. nachzuweisen ist – den Anforderungen des Art. 64 der Richtlinie 2014/24/EU genügt (vgl. § 48 Abs. 8 VgV) und/oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) erbracht werden (s. unten). Bei Bewerbergemeinschaften oder im Fall der Eignungsleihe sind die Blätter ggf. mehrfach auszufüllen. Die Verantwortung für die Vollständigkeit des Teilnahmeantrags verbleibt beim Bewerber.

- 189 Für den Teilnahmeantrag erforderliche Nachweise können auch in (eingescannter) Kopie eingereicht werden (auch wenn auf dem Nachweis ein Vermerk enthalten ist, er sei nur im Original gültig). Die Auftraggeberin behält sich vor, zur Überprüfung die Vorlage des Originals zu verlangen.
- 190 Eingereichte Nachweise müssen noch gültig und inhaltlich aktuell sein. Soweit konkrete Anforderungen an die Aktualität gestellt werden, bezieht sich der Zeitpunkt auf das Ende der Teilnahmeantragsfrist (Bewerbungsfrist).
- 191 Soweit lediglich Eigenerklärungen gefordert werden, behält sich die Auftraggeberin das Recht vor, zur Behebung von Zweifeln (auch noch nach dem Teilnahmewettbewerb) entsprechende Bescheinigungen oder Nachweise nachzufordern oder ergänzende Auskünfte zu verlangen.
- 192 Sollten geforderte Erklärungen oder Nachweise fehlen oder unzureichend sein, kann der Bewerber nicht auf die Einräumung einer Gelegenheit zur Nachreichung vertrauen. Die Auftraggeberin behält sich das Recht zur Nachforderung – unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung – aber nach ihrem Ermessen gemäß § 56 VgV vor.
- 193 Die Auftraggeberin akzeptiert gemäß § 50 VgV als vorläufigen Nachweis hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der geforderten Erklärungen und Nachweise zur Eignung auch eine mit dem Teilnahmeantrag eingereichte korrekt ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nach Maßgabe des Standardformulars gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 (Amtsblatt EU L 3 vom 05.01.2016, S. 16). Die Auftraggeberin hält es jedoch zur angemessenen Durchführung des Verfahrens, nicht zuletzt im Hinblick auf die Auswahlkriterien und auch deshalb, damit rechtzeitig eine abschließende Entscheidung über die Zulassung nur geeigneter Bewerber zum Verhandlungsverfahren getroffen werden kann, für erforderlich, dass die Bewerber, die

zunächst nur eine EEE eingereicht haben, alle nachfolgend genannten Erklärungen und Nachweise im Einzelnen erbringen und wird daher vor Abschluss der Auswahl im Teilnahmewettbewerb von Bewerbern, die zunächst nur eine EEE eingereicht haben, die erforderlichen Erklärungen und Nachweise verlangen.

2. Erfüllung der Eignungskriterien bei Bewerbergemeinschaften

194 Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eignung für die gesamte Bewerbergemeinschaft nachzuweisen. Dabei ist das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft erforderlich. Die entsprechenden geforderten Erklärungen und Nachweise sind für jedes Mitglied vorzulegen.

195 Hinsichtlich der Eignung (Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, technische und berufliche Leistungsfähigkeit) ist erforderlich, dass jedes Mitglied die Eignung für seinen vorgesehenen Leistungsbereich nachweist und die Bewerbergemeinschaft in der Zusammenschau insgesamt alle Eignungskriterien erfüllt und alle Erklärungen und Nachweise erbringt. Die Aufteilung der Leistungsbereiche zwischen den Mitgliedern ist anzugeben.

196 Soweit mehrere Mitglieder denselben Leistungsbereich abdecken, kommt es ebenfalls auf die kumulative Betrachtung an. Bei Bewerbergemeinschaften wird davon ausgegangen, dass deren Mitglieder sich jeweils wechselseitig auf die Leistungsfähigkeit der anderen Mitglieder berufen wollen.

197 Die geforderten Erklärungen und Nachweise (ggf. für den jeweiligen Leistungsbereich) sind einzeln vom jeweiligen Unternehmen vorzulegen.

198 Die nachfolgenden Regelungen zur Eignungsleihe gelten auch für Bewerber- oder Bietergemeinschaften (§ 47 Abs. 4 VgV).

3. Eignungsleihe/Einbeziehung von Kapazitäten anderer Unternehmen

199 Ein Bewerber oder Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen – ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe), § 47 VgV. Dafür gelten folgende Regeln und Einschränkungen.

a) Haftung bei Berufung auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Dritter

200 Nimmt ein Bewerber oder Bieter die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist sicherzustellen, dass diese wirtschaftlichen oder finanziellen Kapazitäten im Auftragsfall tatsächlich für die Auftragserfüllung haften. Die Auftraggeberin wird je nach Lage im Einzelfall eine gesamtschuldnerische Haftung verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV). Einzelheiten unterliegen den Verhandlungen.

b) Ausführung bei Berufung auf fachliche/technische Leistungsfähigkeit Dritter

201 Ein Bewerber oder Bieter kann die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (etwa Referenzen) nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese anderen Unternehmen im Auftragsfall auch die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

c) Eignungsnachweise auch für den Dritten

202 In jedem Fall der Eignungsleihe müssen die nach der Auftragsbekanntmachung und diesem Dokument für das jeweils sich auf ein anderes Unternehmen berufende Unternehmen erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung in Bezug auf die für die Eignungsleihe relevanten Eignungskriterien und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zusätzlich auch für das andere Unternehmen erfolgen (vgl. § 47 Abs. 2 VgV).

d) Verfügbarkeitsnachweise für den Dritten

203 Außerdem hat das sich berufende Unternehmen bzw. hat der Bewerber der Auftraggeberin mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen der anderen Unternehmen vorlegt (§ 47 Abs. 1 S. 1 VgV) (Verfügbarkeitsnachweise).

e) Ersetzung des Dritten

204 Die Auftraggeberin prüft gemäß § 47 Abs. 2 VgV, ob die Unternehmen, auf deren Kapazitäten sich berufen wird, die entsprechenden Anforderungen an die Eignung erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Für den Fall, dass ein solches Unternehmen eine Eignungsanforderung nicht erfüllt oder dass ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt,

hat der Bewerber bzw. Bieter dieses Unternehmen nach entsprechender Aufforderung durch die Auftraggeberin innerhalb einer von ihr gesetzten Frist durch ein Unternehmen zu ersetzen, bei welchem diese Umstände nicht vorliegen. Zu einer wiederholten Aufforderung ist die Auftraggeberin nicht verpflichtet. Im Falle von nicht zwingenden Ausschlussgründen liegt es in ihrem Ermessen, ob sie eine Ersetzung verlangt.

f) Selbstaussführungsgebot

205 Gemäß § 47 Abs. 5 VgV wird von der Auftraggeberin hiermit vorgeschrieben, dass die in § 157 Abs. 1 S. 2 BauGB genannten Aufgaben,

1. städtebauliche Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, die der Gemeinde nach den §§ 146-148 BauGB obliegen (Durchführung von Ordnungsmaßnahmen und Baumaßnahmen innerhalb des Maßnahmengebiets),
2. Grundstücke oder Rechte an ihnen zur Vorbereitung oder Durchführung der Sanierung im Auftrag der Gemeinde zu erwerben,
3. der Sanierung dienenden Mittel zu bewirtschaften,

nur direkt vom Bieter selbst oder im Falle einer Bietergemeinschaft von einem Teilnehmer der Bietergemeinschaft ausgeführt werden müssen (kritische Aufgaben). Unberührt bleibt die Anforderung, dass der Bieter bzw. jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft die Anforderungen von § 158 BauGB erfüllen muss.

4. Voraussetzungen für Beauftragung als Sanierungsträger als Eignungsmerkmale

206 Nach § 158 BauGB können einem Unternehmen Aufgaben als Sanierungsträger nur übertragen werden, wenn

1. das Unternehmen nicht selbst als Bauunternehmen tätig oder von einem Bauunternehmen abhängig ist,
2. das Unternehmen nach seiner Geschäftstätigkeit und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen geeignet und in der Lage ist, die Aufgaben eines Sanierungsträgers ordnungsgemäß zu erfüllen,

3. das Unternehmen, sofern es nicht bereits kraft Gesetzes einer jährlichen Prüfung einer Geschäftstätigkeit und seiner wirtschaftlichen Verhältnisse unterliegt, sich einer derartigen Prüfung unterworfen hat oder unterwirft,

4. die zur Vertretung berufenen Personen sowie die leitenden Angestellten die erforderliche geschäftliche Zuverlässigkeit besitzen.

207 Diese Voraussetzungen werden, soweit sie eignungsrelevant sind, im Rahmen der nachfolgend aufgeführten Eignungskriterien und Anforderungen an die Einreichung von Erklärungen und Nachweisen berücksichtigt. Die Aufrechterhaltung dieser Voraussetzungen ist Gegenstand von Ausführungsbedingungen und wird im Sanierungsträgervertrag berücksichtigt.

5. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Erklärungen/Belege dafür

a) Ausschlussgründe

208 Teilnahmeanträge können nur berücksichtigt werden, wenn in Bezug auf das sich bewerbende Unternehmen (und im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder der Eigenschaftsleihe weitere an dem Teilnahmeantrag beteiligte Unternehmen) keine zwingenden Ausschlussgründe vorliegen.

209 Die **zwingenden Ausschlussgründe** sind in § 123 GWB geregelt.

210 Falls ein **fakultativer Ausschlussgrund** im Sinne von § 124 GWB oder nach den nationalen Vorschriften über Ausschlussgründe gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 A-EntG, § 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 98c Abs. 1 AufenthG oder § 22 Abs. 1 LkSorgPflG vorliegt, hängt der Ausschluss von einer Ermessensentscheidung des Auftraggebers ab.

211 Die Regelungen von § 125 GWB zur Selbstreinigung und von § 126 GWB zum zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse sind jeweils zu berücksichtigen.

212 Als zwingender Ausschlussgrund, der aufgrund unmittelbaren EU-Rechts zusätzlich zu beachten ist, wird auch gewertet, dass **kein nach Sanktionsrecht unzulässiger Bezug zu Russland** bestehen darf: Eine Beauftragung des Unternehmens oder

seine Einbindung als Unterauftragnehmer, Lieferant oder eignungsverleihender Dritter, je mit einem Anteil von mehr als 10 % am Auftragswert, darf nicht nach Artikel 5 k) Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in ihrer aktuellen Fassung verboten sein.

- 213 Die Ausschlussgründe sind in der EU-Auftragsbekanntmachung unter Ziff. 2.1.6 durch stichwortartige Bezeichnungen in der vorgegebenen Terminologie der EU aufgeführt, die vom Sprachgebrauch des GWB teils etwas abweicht. Für die Rechtsanwendung ist die Fassung der deutschen Regeln vorrangig. Mangels einer im Formular vorhandenen Kategorie ist der Ausschlussgrund des unzulässigen Bezugs zu Russland als „rein nationaler Ausschlussgrund“ bezeichnet; dies ändert nichts an der EU-rechtlichen Geltung.

b) Geforderte Erklärungen/Belege

- 214 Bei Ausschlussgründen kommt es darauf an, ob sie objektiv gegeben sind. Zu einigen Ausschlussgründen (nicht zu allen) werden mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen oder Belege verlangt. Eine unrichtige Erklärung oder ein falscher Beleg können ihrerseits als Täuschung (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB) oder unzulässige Beeinflussung oder irreführende Information (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB) zu einem Ausschluss führen. In der EU-Auftragsbekanntmachung sind die geforderten Erklärungen / Belege jeweils bei dem Ausschlussgrund stichwortartig angegeben (unter Verwendung der Nummerierung der hier nachfolgenden Aufzählung). Sie sind nachfolgend näher aufgezählt. Bei den zum Verfahren auf der E-Vergabepattform bereitgestellten Formularen für den Teilnahmeantrag sind Vordrucke für die Erklärungen vorhanden.
- 215 **AS1: Keine Straftaten:** Eigenerklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist (dazu gehören *mindestens* gesetzliche Vertreter und leitende Angestellte), innerhalb der letzten fünf Jahre wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist, auf gesonderte Anforderung Auszug aus dem Bundeszentralregister oder einem gleichwertigen Register des Herkunftslandes.

- 216 **AS2: Eigenerklärung Steuern und Abgaben:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung (für Arbeitnehmer/-innen) innerhalb der letzten drei Jahre ordnungsgemäß nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).
- 217 **AS3: Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht:**
- 218 **AS3.1: Eigenerklärung Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge in den letzten drei Jahren nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
- 219 **AS3.2: Keine sanktionierten Mindestlohnverstöße:** Eigenerklärung, dass der Bieter bzw. das Unternehmen oder der nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nicht in den letzten drei Jahren wegen eines Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder wegen eines Verstoßes gegen § 21 Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden ist (§ 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 AEntG),
- 220 **AS3.3: Keine sanktionierte Schwarzarbeit/illegale Ausländerbeschäftigung:** Eigenerklärung, dass der Bewerber oder der nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nicht in den letzten drei Jahren gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder wegen eines der in § 98c Aufenthaltsgesetz genannten Verstöße mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden ist (§ 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 98c Abs. 1 AufenthG),
- 221 **AS3.4: Keine sanktionierten Verstöße gegen Lieferkettensorgfaltspflichten:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen nicht in den letzten drei Jahren gemäß § 24 Abs. 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz mit einer Geldbuße von wenigstens 175 000 EUR (in den Fällen von § 22 Abs. 2 Satz 2 LkSorgPflG den dort genannten abweichenden höheren Beträgen) belegt worden ist (§ 22 Abs. 1 LkSorgPflG),
- 222 **AS4: Keine Insolvenz o. Ä:** Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen in der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat oder zahlungsunfähig ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB),

- 223 **AS5: Keine schweren Verfehlungen:** Eigenerklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist (dazu gehören *mindestens* gesetzliche Vertreter/-innen und leitende Angestellte), im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in den letzten drei Jahren eine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
- 224 **AS6: Keine sanktionierten Vertragsverletzungen:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge oder Konzessionsverträge in den letzten drei Jahren wesentliche Anforderungen nicht erheblich oder fortdauernd mit der Folge einer vorzeitigen Beendigung oder der Verpflichtung zum Schadensersatz mangelhaft erfüllt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB),
- 225 **AS7: Kein unzulässiger Bezug zu Russland.** Eigenerklärung für das Unternehmen mit folgenden Inhalten:
1. Der Bewerber gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23.06.2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Ansässigkeit oder Niederlassung des Bewerbers in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c) durch das Handeln des Bewerbers im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.
 2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Personen oder Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.
- 226 Sofern eine oder mehrere der Erklärungen von AS1 – AS6 nicht wahrheitsgemäß abgegeben werden kann, sind die Gründe dafür darzulegen, etwa die ergriffenen Selbstreiniigungsmaßnahmen oder sonstige Gründe, warum ausnahmsweise kein Ausschluss erfolgen sollte.
- 227 Als **vorläufiger Nachweis** (alternativ zur Vorlage von AS1 – AS6) ist auch eine (in den vorliegend relevanten Hinsichten) vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Die Auftraggeberin hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 186 genannten Rechte. **ACHTUNG: Die Erklärung zu AS7 ist auch im Fall der Vorlage einer EEE nötig.**

6. Konkrete Kriterien und Belege für die Eignung

- 228 Nachfolgend werden die in der EU-Auftragsbekanntmachung unter 5.1.9 (Eignungskriterien) bereits aufgezählten Kriterien und die dazu jeweils geforderten Nachweise/Erklärungen zusammengestellt und konkretisiert.

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- 229 Zu den Bereichen Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden folgende Bedingungen beschrieben und Eigenerklärungen oder Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

- 230 **EK-I. Wirksame Gründung, Handelsregister:** Jedes Unternehmen muss je nach den Anforderungen seiner Rechtsform wirksam gegründet sein. Soweit nach der Rechtsform oder Tätigkeit erforderlich, ist die Eintragung in ein Handelsregister nötig. Eine bestimmte Rechtsform ist aber nicht verlangt (unbeschadet der Anforderungen zur gesamtschuldnerischen Haftung bei Bietergemeinschaften und wirtschaftlicher Eignungsleihe).

231 **EK-II. Erlaubnis zur Berufsausübung/Berufsregister** (vgl. § 122 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 GWB): Die Ausübung des Berufs oder Gewerbes darf nicht behördlich verboten worden sein, ggf. erforderliche behördliche Genehmigungen oder Berufsregistereintragungen liegen vor.

232 **EK-III. Voraussetzungen für Sanierungsträger-Beauftragung:** Der Bewerber muss auch insoweit zur Berufsausübung befähigt sein, dass er die in § 158 BauGB geregelten Voraussetzungen (vgl. im Einzelnen die Wiedergabe oben Tz. 206) für die Übernahme der Aufgaben als Sanierungsträger erfüllt. Die Voraussetzungen nach § 158 Nr. 2 BauGB werden dabei zusätzlich auch im Rahmen der Kriterien der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der beruflichen Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

233 Zur Prüfung dieser Bedingungen werden die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise verlangt:

234 **BA1: Unternehmensprofil/-organisation:** Angaben zu Firma, Rechtsform, Sitz, Geschäftsleitung und Gegenstand (Satzungszweck, Tätigkeitsfelder) des Unternehmens. Angabe der Nummer der Eintragung in ein Handelsregister, soweit eine solche vorgeschrieben ist, auf besondere Anforderung auch Nachweis der Eintragung.

235 **BA2: Erlaubtheit/Berufsregister:** Eigenklärung, dass die Ausübung der beruflichen/gewerblichen Tätigkeit dem Unternehmen nicht behördlich verboten wurde und ggf. dazu erforderliche behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Berufsregistereintragungen vorliegen. Auf besondere Anforderung Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister, soweit eine solche vorgeschrieben ist, und/oder Nachweis der erforderlichen Erlaubnisse.

236 **BA3: Voraussetzungen Sanierungsträger:** Eigenklärung, dass das Unternehmen die Voraussetzungen für die Übernahme der Aufgaben des Sanierungsträgers nach § 158 BauGB erfüllt.

237 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenklärung (Amtsblatt L 3 vom

06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Die Auftraggeberin hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 186 genannten Rechte. **ACHTUNG: Die Erklärung zu BA3 auch im Fall der Vorlage einer EEE nötig.**

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

238 Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden folgende Eignungskriterien beschrieben und entsprechende Eigenerklärungen oder Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

239 **EK-IV: Haftpflichtversicherung:** Für das Unternehmen muss eine Haftpflichtversicherungsdeckung für Personen und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in einer dem Tätigkeitsfeld angemessenen Höhe bestehen. Falls der bestehende Versicherungsschutz pro Jahr und je Versicherungsfall für Personenschäden und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) nicht jeweils mindestens 1.500.000 € beträgt, muss er im Auftragsfall entsprechend aufgestockt werden.

240 **EK-V: Hinreichende finanzielle Stabilität.** Das Unternehmen muss über eine hinreichende finanzielle Bonität und Stabilität verfügen, um die Aufgaben des Sanierungsträgers ordnungsgemäß zu erfüllen (vgl. § 158 Nr. 2 BauGB). Dies wird anhand der aus den (geprüften) Jahresabschlüssen ersichtlichen Angaben zur Vermögens-, Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage beurteilt.

241 **EK-VI: Größenordnung Gesamtumsätze:** Die vom Unternehmen erzielten Gesamtumsätze (netto) in den vergangenen drei Jahren müssen ihrer Größenordnung nach eine auch im Sinne von § 158 Nr. 2 BauGB hinreichende wirtschaftliche Leistungskraft des Unternehmens erkennen lassen. Das Kriterium ist jedenfalls erfüllt, wenn der jährliche Gesamtumsatz der vergangenen drei Jahre im Mittel doppelt so hoch ist wie der geschätzte vergaberechtliche Auftragswert des vorliegenden Auftrags (also $269.000,00 \text{ €} \times 2 = 538.000,00 \text{ €}$, s. oben Tz.17), ein fixer Mindestumsatz ist jedoch nicht gefordert, sondern es kommt auf eine Einzelfallbetrachtung an.

242 **EK-VII: Umsätze bei vergleichbaren Leistungen:** Das Unternehmen muss in den vergangenen drei Jahren erhebliche Umsätze aus mit Städtebaufördermitteln geförderten Dienstleistungen als Sanierungsträger erzielt haben. Das Kriterium ist jedenfalls erfüllt, wenn dieser Umsatz mit 134.000,00 € netto jährlich im Mittel (abgerundet) doppelt so

hoch ist wie der aus dem vorliegenden Auftrag zu erwartende jährliche Umsatz aus Trägervergütungen (etwa 67.000,00 € p.a. netto, s. oben Tz. 17), ein fixer Mindestumsatz ist jedoch nicht gefordert, sondern es kommt auf eine Einzelfallbetrachtung an.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

243 Zur Prüfung dieser Kriterien sind die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise einzureichen:

244 **WL1: Haftpflichtversicherung:** Eigenerklärung zum Bestehen einer Haftpflichtversicherungsdeckung für Personenschäden und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) und ihrer Höhe, auf gesonderte Anforderung auch Nachweis des Versicherers. Falls der bestehende Versicherungsschutz nicht für Personenschäden und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) nicht jeweils mindestens 1.500.000 € pro Jahr beträgt, ist schon mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung des Versicherers (nicht bloß eines Maklers!), im Auftragsfall die Deckungssummen auf die genannten Beträge zu erhöhen, einzureichen.

245 **WL2: Geprüfter Jahresabschluss, Prüfbericht:** Vorlage des neuesten verfügbaren vom Abschlussprüfer testierten Jahresabschlusses mit Prüfbericht des Abschlussprüfers. Soweit der gesamte Jahresabschluss und/oder Prüfbericht aufgrund des Sitzlandes oder der Rechtsform des Unternehmens nicht der Offenlegung unterliegen, sind Bilanz nebst Anhang – soweit offenkundig –, einzureichen. Mindestens sind jedoch aussagekräftige Informationen dazu und möglichst zum Jahresabschluss erforderlich, z. B., falls vorhanden, in Form eines Berichts über die Prüfung der Geschäftstätigkeit und der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne von § 158 Nr. 3 BauGB.

246 **WL3: Gesamtumsatz:** Eigenerklärung zum jeweiligen jährlichen Gesamtumsatz (netto) des Unternehmens in den letzten drei verfügbaren abgeschlossenen Geschäftsjahren.

247 **WL4: Umsatz bei vergleichbaren Leistungen als Sanierungsträger:** Eigenerklärung zum jeweiligen Jahresumsatz des Unternehmens (netto) in den letzten drei verfügbaren abgeschlossenen Geschäftsjahren aus mit Städtebaufördermitteln geförderten Dienstleistungen als Sanierungsträger.

248 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsver-

ordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Die Auftraggeberin hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 186 genannten Rechte.

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

249 Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden die folgenden Eignungskriterien beschrieben und entsprechende Eigenerklärungen und Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

250 **EK-VIII: Berufliche Erfahrung/Referenzen:** Das Unternehmen muss über eine durch entsprechende Erfahrungen (Referenzen) nachgewiesene hinreichende berufliche Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Durchführung vergleichbarer Leistungen als Sanierungsträger (bei ausländischen Unternehmen über vergleichbare Leistungen bei der im öffentlichen Interesse erfolgenden Betreuung und Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen) verfügen. **[Hinweis:** Dieses Kriterium im Rahmen der Eignungsprüfung bezieht sich auf die generelle berufliche Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Unternehmens. Die Organisation, Qualifikation und Erfahrung des konkret mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals wird demgegenüber im Rahmen der Zuschlagskriterien berücksichtigt (vgl. § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV)].

251 **EK-IX: Personalstärke:** Das Unternehmen muss über hinreichende personelle Kapazitäten im Bereich der Führungskräfte und des sonstigen Personals zur Erfüllung der Aufgaben eines Sanierungsträgers im vorliegenden Fall verfügen. Der Hinweis zu EK-VIII (Tz. 250) betreffend die Abgrenzung zu den Zuschlagskriterien gilt sinngemäß.

252 **EK-X: Hinreichende Selbstausführung, ordnungsgemäße Eignungsleihe:** Der Bewerber muss jedenfalls die oben Tz. 205 bestimmten kritischen Aufgaben im Sinne von § 48 Abs. 5 VgV selbst erbringen. Soweit für sonstige Aspekte eine Eignungsleihe (Berufung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen) erfolgt, muss diese den Anforderungen dieser Bewerbungsbedingungen (vgl. oben Tz. 199 - 203) entsprechen und die entsprechenden Erklärungen und Nachweise auch für das Unternehmen, auf welches sich berufen wird, vorgelegt werden.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

- 253 Zur Prüfung dieser Kriterien sind die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise einzureichen:
- 254 **TL1: Referenzliste:** Liste von geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten drei Jahren erbrachten wesentlichen vergleichbaren Dienstleistungen (Aufgaben eines Sanierungsträgers – bei ausländischen Tätigkeiten über vergleichbare Leistungen bei der im öffentlichen Interesse erfolgenden Betreuung und Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen) mit stichwortartiger Beschreibung (z. B. zum Leistungsspektrum) und Angabe des Leistungszeitraums, des Auftraggebers (Kommune) inklusive Ansprechperson für Referenzprüfung mit Kontaktdaten (Adresse, Telefon) oder Referenzschreiben und des Auftragsumfangs (möglichst auch des erzielten Umsatzes).
- 255 **TL2: Angaben der Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte:** Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist (aufgeschlüsselt nach den Jahren).
- 256 **TL3: Angaben zum Unterauftragsanteil, Eignungsleihe:** Angaben, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Soweit der Bewerber sich auf Kapazitäten der Unterauftragnehmer oder sonstiger Dritter beruft, sind diese namentlich zu benennen. Es sind die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung (wie sie für den Bewerber selbst nötig sind) zusätzlich auch für diese Unternehmen vorzulegen, zusätzlich ein Verfügbarkeitsnachweis (vgl. oben Tz. 199 - 203). **Hinweis: Es gilt ein teilweises Selbstausführungsgebot (vgl. oben Tz. 205, vgl. auch oben Tz. 160).**
- 257 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Die Auftraggeberin hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 186 genannten Rechte.

7. Begrenzung der Zahl der Bewerber

a) Allgemeines

258 Die Auftraggeberin behält sich vor, die Zahl der Bewerber gemäß § 51 VgV auf eine angemessene Zahl zu begrenzen. Eine solche Begrenzung betrifft die Zahl der zur Beteiligung am Verhandlungsverfahren und zur Angebotsabgabe aufgeforderten Teilnehmer. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer etwaigen im Verlaufe des Verhandlungsverfahrens erfolgenden Begrenzung der Zahl der Angebote anhand der Zuschlagskriterien. Für die Begrenzung der Zahl der Bewerber gelten die folgenden Vorgaben und Kriterien:

259 Die Auftraggeberin beabsichtigt, das Verhandlungsverfahren mit mindestens fünf Bewerbern (bzw. Bewerbergemeinschaften) einzuleiten, vorausgesetzt, eine entsprechende Zahl von geeigneten Bewerbern, hinsichtlich der keine Ausschlussgründe vorliegen (kurz: geeignete Bewerber), ist vorhanden.

260 Sind mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden, behält sich die Auftraggeberin eine Begrenzung der Zahl der Bewerber vor, ein Anspruch auf die Begrenzung des Bewerberfeldes oder dessen maximale Größe besteht jedoch nicht. Eine strikte Höchstzahl wird nicht bereits jetzt festgelegt, sondern in Abhängigkeit von den Angaben in den Bewerbungen und deren Bewertung nach den Auswahlkriterien.

b) Auswahlkriterien

261 Falls eine Begrenzung der Zahl der Bewerber erfolgt, wird die Auswahl nach den nachstehenden Auswahlkriterien (unter Beachtung der jeweils in Klammern gesetzten Gewichtung der Kriterien) vorgenommen:

AK 1: Qualität der Referenzen gem. EK-VIII auf der Basis der Angaben zu TL1 (50 %),

AK 2: Größe der jährlichen Umsätze als Sanierungsträger (EK-VII) auf der Basis der Angaben zu WL4 (30 %),

AK 3: Größe der jährlichen Gesamtumsätze des Unternehmens (EK-VI) auf der Basis der Angaben zu WL3 (20 %).

262 Die Bewertung erfolgt grundsätzlich qualitativ auf einer fünfstufigen Punkte-Skala (sehr gut [10], gut [8], vollbefriedigend [6], befriedigend [4], ausreichend [2]; nicht ausreichende Bewertungen können von vornherein nicht als geeignet berücksichtigt werden), wobei

die vergebene Bewertung im zweiten Schritt in Bezug zur Höchstpunktzahl gesetzt und dadurch relativ auf das Bewerberfeld gestaltet wird (Referenzierung, bei der die beste Bewertung auf die Höchstpunktzahl und die anderen dazu linear ins Verhältnis gesetzt werden). In die Bewertung des Kriteriums AK 1 anhand von Referenzen werden (unbeschadet der vorgelagerten Eignungsprüfung anhand aller benannten Referenzen) maximal fünf Projekte, die vom Bewerber hierfür benannt werden (ohne Benennung werden die ersten fünf im Formular aufgeführten ausgewählt), einbezogen und einzeln qualitativ gewertet. Bei der Qualität der Referenzen wird insbesondere eine möglichst weitgehende Vergleichbarkeit (Ähnlichkeit) zum vorliegenden Projekt in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht positiv bewertet, aber – soweit möglich – auch eine aus den eingereichten Unterlagen (z. B. aus Beschreibungen oder Referenzschreiben) erkennbare Leistungsqualität.

263 Die Punktzahlen werden aufaddiert und referenziert (s. o., die Addition erfolgt auch, falls weniger als fünf Referenzen benannt sind, und auch, falls bei einer Bewerbung dadurch die Höchstpunktzahl überschritten wird). Eine entsprechende Referenzierung erfolgt bei der qualitativen Bewertung auch, wenn keine Bewertung die Höchstpunktzahl erreicht. Bei den Kriterien AK 2 und AK 3 wird jeweils der Durchschnitt des Umsatzes der letzten drei Geschäftsjahre verglichen, wobei der größte im geeigneten Bewerberfeld die Höchstpunktzahl erhält, der geringste die Mindestpunktzahl (beim Fehlen präziser Angaben kann geschätzt oder die Mindestpunktzahl vergeben werden, sofern nicht bereits die formelle Korrektheit des Teilnahmeantrags fehlt), dazwischen wird linear interpoliert. Die Punktzahlen werden auf zwei Stellen hinter dem Komma kaufmännisch gerundet, soweit sich die Rangfolge pro Kriterium dadurch nicht ändert. Ausgewählt werden im Falle der Begrenzung der Teilnehmerzahl die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen in absteigender Reihenfolge bis zu der vorgesehenen angemessenen Zahl der Teilnehmer.

264 Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die vorgenannten Kriterien ausschließlich für eine Begrenzung der Zahl der Bewerber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs relevant sind. Die Bewertung der Angebote im Verhandlungsverfahren erfolgt nicht nach diesen Kriterien, sondern nach den gesondert definierten Zuschlagskriterien und der entsprechenden Bewertungsmethodik.

VI. Anforderungen an die Angebote

265 Der erforderliche Inhalt der Angebote ergibt sich aus diesem Dokument und den weiteren Vergabeunterlagen.

1. Angebotsabgabe

a) Äußere Form der Angebote

266 Angebote sind als elektronische Angebote im Sinne von § 10 Abs. 2 und § 53 Abs. 1 VgV über die e-Vergabe-Plattform einzureichen (vgl. IV.2.c), Tz. 86 ff.).

267 Es sind die von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Angebotsformulare zu benutzen. Die Verwendung selbst gefertigter Ausdrucke elektronischer Formulare als Grundlage für das Angebot ist zulässig, Änderungen an den nicht für Bielereintragungen bestimmten Teilen der Formulare jedoch nicht. Das Risiko von Fehlern bei der Anfertigung von Ausdrucken, Kopien, Scans usw. trägt der Bieter. Diese Anforderungen gelten ggf. entsprechend für von der Auftraggeberin etwa zur Verfügung gestellte und zur Ausfüllung bzw. Vervollständigung vorgesehene Formulare in Dateiform (zum Beispiel Excel-Tabellen).

268 Alle Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

269 Konzeptionelle und sonstige Erläuterungen zum Angebot sind auf besonderer Anlage in freier Form darzustellen (hierfür gibt es keine Formulare der Auftraggeberin). Auch solche Erläuterungen dürfen jedoch den inhaltlichen Vorgaben der Auftraggeberin nicht widersprechen oder diese einschränken. Im Hinblick auf Änderungswünsche im Rahmen der Verhandlungsphase gelten die dazu getroffenen besonderen Regelungen.

270 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

271 Hinsichtlich der Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen) ist die von der Auftraggeberin verfasste und elektronisch bereitgestellte Urschrift allein maßgeblich. Diese Maßgabe kann der Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht entgegengehalten werden – und umgekehrt.

272 Jedes Angebot muss eindeutig, verständlich, plausibel und glaubhaft die Erfüllung der Anforderungen darlegen. Die Vergabeunterlagen und gestellte Mindestbedingungen sind einzuhalten. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Angebote und der darin enthaltenen Vorschläge sollen sich vom Bieter selbst erstellte Unterlagen äußerlich und

inhaltlich an der in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Struktur orientieren und damit an den Vorgaben der Leistungsbeschreibung und an den Zuschlagskriterien. Jedes Angebot muss so abgefasst sein, dass es eine Bewertung nach Maßgabe der unten aufgeführten Zuschlagskriterien erlaubt.

- 273 Die Zuordnung und Auffindbarkeit von Unterlagen soll durch die Strukturierung des Angebotes und ggf. Gliederungsübersichten gewährleistet werden. Es sollen inhaltlich aussagekräftige (aber möglichst kurze) Dateinamen vergeben werden.
- 274 Soweit die Formulare der Auftraggeberin Unterschriftsfelder enthalten, sind diese möglichst (= nicht zwingend, aber erwünscht) mit der Namensangabe des/der Erklärenden (natürliche Person, z. B. Geschäftsführer, Projektleiterin o. Ä.) in Textform zu versehen und möglichst auch im Ausdruck handschriftlich zu unterzeichnen und als gescanntes Dokument elektronisch einzureichen (vgl. oben Tz. 87). Um die gesetzlich erforderliche Schriftform zu wahren, bleibt vorbehalten, den Zuschlag unter den Vorbehalt der schriftlichen Beurkundung des Sanierungsträgervertrages zu stellen.
- 275 Grundlage des Angebots sind in jedem Fall alle Vorgaben der Vergabeunterlagen, unabhängig davon, ob sie dem einzureichenden Angebot beizufügen sind oder nicht. Diese Regelung kann der Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht entgegengehalten werden – und umgekehrt.

b) Nachträgliche Erklärungen

- 276 Berichtigungen bzw. Änderungen oder Rücknahmen von Angeboten („nachträgliche Erklärungen“) sind nur innerhalb der Angebotsfrist möglich.
- 277 Solche nachträglichen Erklärungen (Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahmen von Angeboten) sind in der gleichen Weise einzureichen wie die jeweiligen Angebote selbst (also nicht über die allgemeine Kommunikationsfunktion der E-Vergabe-Plattform) und erkennbar mit einem Zusatz zu versehen, der auf die Änderung usw. verweist, also etwa „Angebotsänderung“. Soweit die E-Vergabe-Plattform spezielle Funktionen bereitstellt, etwa zur Rücknahme und Neueinreichung, sind diese zu benutzen.
- 278 Die Änderungen, Berichtigungen bzw. Rücknahmen müssen inhaltlich eindeutig zuzuordnen sein. In Zweifelsfällen kann die nachträgliche Erklärung unberücksichtigt bleiben.

2. Vollständigkeit der Angebote

279 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote unterliegen dem Ausschluss nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften. Das Angebot muss die jeweiligen Entgelte und alle in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Unberührt bleiben anderweitige Regelungen in diesen Unterlagen, wonach bestimmte Angaben und Erklärungen erst auf Anforderung vorzulegen sind.

280 Die Auftraggeberin behält sich vor, nicht oder unvollständig oder fehlerhaft eingereichte Angaben und Erklärungen in dem nach § 56 VgV zulässigen Umfang nachzufordern. Ein Anspruch darauf, dass die Auftraggeberin Gelegenheit zu einer solchen Nachreichung gibt, besteht jedoch nicht, der Bieter kann darauf nicht vertrauen. Es liegt daher im eigenen Interesse des Bieters, bei der Zusammenstellung der Unterlagen sorgfältig vorzugehen und in Zweifelsfällen nach den dafür vorgesehenen Regelungen eine Bieterfrage zu stellen.

3. Verbindlichkeit der Vergabeunterlagen

a) Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen

281 Änderungen an den Vergabeunterlagen durch die Bieter sind unzulässig. Dies betrifft auch inhaltliche Abweichungen davon durch das Angebot, soweit solche nicht zugelassen sind. Sie stellen einen zwingenden Ausschlussgrund vom weiteren Verfahren dar (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Im Verhandlungsverfahren gelten die in diesem Dokument (und ggf. nachfolgenden Mitteilungen) noch gesondert dargestellten Regelungen im Hinblick auf Änderungswünsche in gesonderten Dokumenten und unter Beachtung der Regelungen zur kalkulatorischen Berücksichtigung, so dass solche Änderungswünsche gerade keine Änderungen an den Vergabeunterlagen oder Abweichungen davon darstellen. Insgesamt gilt somit: Grundlage des Angebots müssen in jedem Fall alle Vorgaben der Vergabeunterlagen sein, unabhängig davon, ob die jeweilige Unterlage dem einzureichenden Angebot beizufügen ist oder nicht. Durch die Abgabe des Angebots werden die Vergabeunterlagen als Angebotsgrundlage anerkannt. Dieses Anerkenntnis kann der Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht entgegengehalten werden.

b) Angaben zur Verhandelbarkeit der Vertragsunterlagen

282 Für das Verhandlungsverfahren ist charakteristisch, dass in seinem Verlauf nicht nur über den Inhalt der Angebote der Bieter, sondern auch über die von der Auftraggeberin

dem Verfahren zugrunde gelegten Leistungsbeschreibungen und Vertragsbedingungen verhandelt werden kann, soweit die vergaberechtlichen Vorschriften dies erlauben, insbesondere soweit die Identität des Beschaffungsvorhabens gewahrt bleibt und die Grundsätze der Transparenz und Diskriminierungsfreiheit eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund werden hinsichtlich der Verhandelbarkeit bzw. Verbindlichkeit der Vergabeunterlagen in den einzelnen Phasen die nachfolgenden Regelungen getroffen.

283 Hinsichtlich der Verbindlichkeit der Vertragsunterlagen – also der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen, vgl. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 VgV – ist zu unterscheiden zwischen

der Frage der Verbindlichkeit für die Erstangebote,
der Frage der Verbindlichkeit für die Verhandlungsphase,
der Verbindlichkeit für die endgültigen Angebote und
der Verbindlichkeit für das Vertragsverhältnis nach einem Zuschlag.

aa) Bedeutung für die Erstangebote

284 Im vorliegenden Fall hat sich die Auftraggeberin aufgrund der Regelung von § 17 Abs. 11 VgV vorbehalten, den Auftrag bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben. Dies bedingt, dass bereits das Erstangebot zuschlagsfähig und verbindlich sein muss. Es bedingt ferner, dass es keinen Anspruch der Bieter auf Verhandlung über das Erstangebot gibt.

285 Somit ist das Erstangebot zwingend auf die von der Auftraggeberin vorgegebenen Vertragsunterlagen abzugeben. Insbesondere sind die Vorgaben der Vertragsunterlagen kalkulatorisch zu Grunde zu legen, damit die Auftraggeberin vergleichbare Angebote erhält.

286 Der Bieter darf lediglich zusätzlich zum Erstangebot Änderungswünsche einreichen. Diese gelten vertragsrechtlich nicht als Bestandteil des Erstangebots, sodass sie im Fall der Zuschlagserteilung auf das Erstangebot **nicht** Vertragsbestandteil werden. Die Umsetzung eines Änderungswunsches darf somit nicht zur Bedingung des Angebots oder Voraussetzung für dessen Ausführung gemacht werden. Die Umsetzung ist dem Erstangebot auch nicht kalkulatorisch zu Grunde zu legen.

287 Änderungswünsche sind daher stets in einem ausdrücklich entsprechend gekennzeichneten Dokument einzureichen. Dabei hat der Bieter ausdrücklich, deutlich und präzise

kenntlich zu machen, dass und in welcher Weise er eine Änderung von Anforderungen vorschlägt („Änderungswunsch“).

288 Es ist nicht zulässig, als Änderungswunsch einen abweichenden Vertragstext einzureichen, sondern lediglich konkret formulierte Änderungswünsche zu einzelnen Klauseln.

289 Der Unterschied zu einem – hier unzulässigen – Nebenangebot besteht darin, dass die Umsetzung des Änderungswunsches in dem Angebot noch nicht kalkulatorisch unterstellt ist, sondern es sich um eine Anregung bzw. einen Verhandlungswunsch an die Auftraggeberin handelt, die entsprechende Anforderung (im Interesse der Funktionalität oder Wirtschaftlichkeit) anzupassen. Angebote, welche demgegenüber auf der Grundlage der kalkulatorischen Berücksichtigung solcher Änderungswünsche abgegeben werden, wären als Änderungsvorschläge oder Nebenangebote anzusehen und sind in diesem Verfahren nicht zugelassen.

290 Soweit die Vertragsunterlagen keine Vorgaben enthalten, liegt bei einer Konkretisierung der Leistungsbeschreibung, die sich in dem dadurch gezogenen Rahmen hält, durch Ausführungen im Angebot kein Änderungswunsch in diesem Sinne vor. Das Risiko, dass die Konkretisierung den Rahmen einhält, trägt jedoch der Bieter.

291 Änderungswünsche können auch im Rahmen der Verhandlungsrunden noch vorgetragen werden, soweit solche stattfinden. Es besteht allerdings kein Anspruch des Bieters darauf, dass Änderungswünsche zu den Vergabeunterlagen für das Erstangebot in den Verhandlungsrunden diskutiert werden, wenn sie nicht mit dem Erstangebot schriftlich eingereicht wurden.

bb) Bedeutung für eine etwaige Verhandlungsphase

292 Sofern die Auftraggeberin von dem Vorbehalt gemäß § 17 Abs. 11 VgV keinen Gebrauch macht, also den Auftrag nicht bereits auf der Grundlage der Erstangebote vergibt, wird eine Verhandlung stattfinden (siehe schon oben Tz. 55 ff.).

293 Für die Verhandlungsphase gilt: Die Inhalte der Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen stellen die Grundlage für die Erstangebote und die Verhandlungsgespräche dar. Das darin beschriebene Leistungssoll unterliegt aber noch den Verhandlungen.

294 Soweit in den Vertragsunterlagen Vorgaben zwingend formuliert sind (insbesondere durch Formulierungen wie „Anforderungen“, „der Auftragnehmer muss...“, „... sind zu

berücksichtigen...“, „die Ausführung hat zu...“ oder durch den normativen Präsens wie „die Abstimmung erfolgt monatlich...“, „der Auftragnehmer erbringt...“), bezieht sich dies auf die künftige Leistungserbringung bzw. die vertraglichen Pflichten und damit auf die Formulierung eines verbindlichen vertraglichen Leistungssolls. Diese Formulierungen implizieren als solche nicht, dass es sich um eine im Vergabeverfahren zwingende und unverhandelbare Mindestbedingung handeln würde.

- 295 Etwas anderes gilt nur, wenn eine Anforderung in den Vergabeunterlagen ausdrücklich als Mindestbedingung/Mindestanforderung gekennzeichnet ist. Diese ist im Verfahren grundsätzlich nicht verhandelbar (§ 17 Abs. 10 S. 2 VgV). Umgekehrt bedeutet das Fehlen der Kennzeichnung als Mindestbedingung/Mindestanforderung nicht etwa, dass eine Anforderung für den späteren Vertragsvollzug unverbindlich wäre (vgl. näher unten Tz. 298).

cc) Bedeutung für die Phase endgültiger Angebote

- 296 Bei der Abgabe endgültiger Angebote nach der Verhandlungsphase besteht die Möglichkeit, Änderungswünsche im vorgenannten Sinne vorzubringen, nicht mehr.
- 297 Somit ist also (auch) bei der Erstellung der endgültigen Angebote von der Verbindlichkeit der – ggf. aufgrund von Änderungswünschen angepassten – Vertragsunterlagen auszugehen, soweit diese inhaltlich verbindliche Vorgaben enthalten.

dd) Bedeutung für das vertragliche Leistungssoll

- 298 Wird einem Bieter der Zuschlag erteilt, so beschreiben Vertragsunterlagen in der Form, die sie nach der Anpassung in der Verhandlungsphase gefunden haben, funktional, aber verbindlich das vertragliche Leistungssoll. Sie gelten vorrangig vor den Inhalten des bezuschlagten Angebots. Nur in dem durch die Vertragsunterlagen gezogenen Rahmen, also im Rahmen der Vorgaben der Vertragsunterlagen, konkretisiert das bezuschlagte Angebot das Leistungssoll. Soweit das bezuschlagte Angebot von diesem Rahmen abweicht oder keine Konkretisierungen enthält, gelten die Vorgaben der Vertragsunterlagen. Eine vergaberechtliche Unzulässigkeit von Abweichungen kann dieser Auslegungsregel nicht entgegengehalten werden und umgekehrt. Enthält das Angebot weitergehende Verpflichtungen des Auftragnehmers, gelten diese. Im Einzelnen ist die Rangfolge der Vertragsbestandteile im Vertragsentwurf geregelt.

c) Insbesondere: Vertragsbedingungen

- 299 Den Unterlagen ist der Entwurf eines Sanierungsträgervertrages beigelegt. Für dessen Bedeutung im Verfahren gelten die Ausführungen Tz. 292 - 298. Vergaberechtlich handelt es sich um „Besondere“ Vertragsbedingungen.
- 300 Der Entwurf des Sanierungsträgervertrages unterliegt – unbeschadet des Vorbehalts zum Zuschlag auf ein Erstangebot – grundsätzlich der Verhandlung und stellt keine unverhandelbare Mindestbedingung dar. Die Auftraggeberin ist bereit, über alle Einzelheiten zu verhandeln (soweit sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind).
- 301 Der beigelegte Vertragsentwurf beruht jedenfalls weitgehend auf einer Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber der Städtebauförderungsmittel. Die Auftraggeberin wird daher bei den Verhandlungen das Bemühen berücksichtigen, eine spätere Anerkennung der Aufwendungen aus dem Vertrag als zuwendungsfähig nicht zu gefährden. Auch der Bieter sollte dies im Blick haben.
- 302 Die Erörterung der rechtlichen Einzelheiten des Auftrags im Rahmen der Verhandlungen erfolgt ausschließlich auf der Basis dieses Vertragsentwurfs. Die Bieter haben ihren Erstangeboten kalkulatorisch den Vertragsentwurf der Auftraggeberin zugrunde zu legen. Sie können aber – in einem gesonderten Dokument – mit ihrem Angebot Änderungswünsche zum Vertragsentwurf vorbringen, um eine Verhandlung darüber zu veranlassen. Diese Änderungswünsche sollen möglichst konkret sein und sollten auch alternative Formulierungsvorschläge für einzelne Klauseln des Entwurfs enthalten. Die Änderungswünsche sollen tabellarisch aufgestellt werden (und auch in einem editierbaren Dateiformat wie Word oder Excel vorhanden sein).
- 303 Es ist nicht zulässig, als Änderungswunsch einen alternativen Vertragsentwurf einzureichen. Ebenso ist es – erst recht – unzulässig, das Angebot auf der Grundlage eines abweichenden Vertragsentwurfs abzugeben.
- 304 Die Auftraggeberin strebt an, dass nach dem Abschluss der Verhandlungen den Angeboten ein allseits konsentierter Vertragsentwurf zu Grunde gelegt werden kann. Die Entscheidung über die Berücksichtigung von zuvor eingebrachten und verhandelten Änderungswünschen in der Fassung des Vertragsentwurfs, auf den die verbindlichen Angebote abzugeben sind, verbleibt aber in jedem Fall der Auftraggeberin. Es ist nicht vorgesehen, dass auf unterschiedliche Klauseln oder Vertragsbestandteile angeboten werden kann.

4. Rechtliche Bindungswirkung der Angebote

305 Während der vorhergehende Abschnitt die Verbindlichkeit bzw. Verhandelbarkeit der von der Auftraggeberin in das Verfahren eingeführten Vertragsunterlagen betraf, geht es nun um die Verbindlichkeit der vom jeweiligen Bieter gelegten Angebote.

aa) Erstangebot

(1) Verbindlichkeit, Zuschlagsvorbehalt

306 Aufgrund des Vorbehalts der Zuschlagserteilung bereits auf das Erstangebot (§ 17 Abs. 11 VgV) – vgl. oben Tz. 50 – ist bereits das Erstangebot als vertragsrechtlich bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (Tz. 72 ff.) verbindlich anzusehen.

ACHTUNG: Aus dem genannten Grund darf auch das Erstangebot keine Vorbehalte enthalten (Bezeichnungen z. B. als „indikativ“ oder „unverbindlich“ oder „freibleibend“ sind unzulässig!).

307 Es ist eine Ermessensentscheidung der Auftraggeberin, ob sie in Verhandlungen darüber eintritt. Auch wenn sie in Verhandlungen eintritt, bleibt das Erstangebot bis zum Abschluss des Verfahrens (Ablauf der Bindefrist) verbindlich.

(2) Änderungswünsche

308 Mit dem Erstangebot können Änderungswünsche zu den Leistungsbeschreibungen und dem Vertragsentwurf zum Zwecke der Verhandlung darüber vorgetragen werden. Einzelheiten sind im vorhergehenden Abschnitt 3 (Tz. 281 ff.) geregelt.

bb) Folgeangebote

309 Die vorstehenden Maßgaben für Erstangebote gelten auch für etwaige Folgeangebote, die in der möglichen Verhandlungsphase (also vor deren Abschluss) abgefordert werden.

cc) Endgültiges Angebot

310 Das später ggf. abgeforderte endgültige Angebot stellt ebenfalls ein vertragsrechtlich bis zum Ablauf der oben (Tz. 72 ff.) bestimmten Zuschlags- und Bindefrist verbindliches Angebot im Sinne von § 145 BGB dar.

5. Hauptangebote, abweichende technische Anforderungen und Nebenangebote

311 Im Hinblick auf Hauptangebote und Nebenangebote gilt Folgendes:

a) Hauptangebot

312 Hauptangebot ist dasjenige Angebot, zu dessen Abgabe die Auftraggeberin vorliegend auffordert, das also auf der vorgegebenen Leistungsbeschreibung beruht und den Vergabeunterlagen entspricht.

313 Es ist nur ein Hauptangebot pro Bieter zulässig.

314 Es ist zu beachten, dass das vorliegende Vergabeverfahren als Verhandlungsverfahren strukturiert ist. Die Bieter können nach Maßgabe der dazu oben gesondert getroffenen Regelungen Änderungswünsche zur Leistungsbeschreibung und dem Vertragsentwurf vorbringen, die jedoch nicht kalkulatorisch zugrunde gelegt und/oder zu Bedingungen des Hauptangebots gemacht werden dürfen. Einzelheiten sind im Abschnitt 3 (Tz. 281 ff.) geregelt.

315 Von der Auftraggeberin im Rahmen der Leistungsbeschreibungen ausdrücklich vorgesehene Alternativpositionen oder Bedarfspositionen bzw. Optionen sind Bestandteil des Hauptangebots, also keine Nebenangebote, und somit in jedem Fall mit anzubieten.

b) Leistungen mit abweichenden technischen Anforderungen

316 Leistungen, die von in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen technischen Anforderungen im Sinne von § 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 VgV, also von in der Leistungsbeschreibung in Bezug genommenen (a) nationalen Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, (b) Europäischen Technischen Bewerbungen, (c) gemeinsamen technischen Spezifikationen, (d) internationalen Normen und anderen technischen Bezugssystemen, die von den europäischen Normungsgremien erarbeitet wurden, oder (e) falls solche Normen und Spezifikationen fehlen, nationale Normen, nationale technische Zulassungen oder nationale technische Spezifikationen für die Planung, Berechnung und Ausführung von Bauwerken und den Einsatz von Produkten, abweichen, dürfen angeboten werden, wenn der Bieter in seinem Angebot der Auftraggeberin mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die vom Unternehmen vorgeschlagenen Lösungen diesen technischen Anforderungen gleichermaßen entsprechen (§ 32 Abs. 1 VgV).

317 Enthält die Leistungsbeschreibung Leistungs- oder Funktionsanforderungen, so darf die öffentliche Auftraggeberin ein Angebot nicht ablehnen, wenn diese Anforderungen die von ihm geforderten Leistungs- oder Funktionsanforderungen betreffen und das Angebot Folgendem entspricht: (1) einer nationalen Norm, mit der eine europäische Norm umgesetzt wird, (2) einer Europäischen Technischen Bewertung, (3) einer gemeinsamen technischen Spezifikation, (4) einer internationalen Norm oder (5) einem technischen Bezugssystem, das von den europäischen Normungsgremien erarbeitet wurde, vorausgesetzt, das Unternehmen belegt in seinem Angebot, dass die jeweilige der Norm entsprechende Liefer- oder Dienstleistung den Leistungs- oder Funktionsanforderungen der öffentlichen Auftraggeberin entspricht (§ 33 Abs. 2 VgV). Belege können insbesondere eine technische Beschreibung des Herstellers oder ein Prüfbericht einer anerkannten Stelle sein.

c) Nebenangebote (unzulässig)

318 Nebenangebote sind Vorschläge eines Bieters, die eine andere Leistung anbieten als diejenige, die von der Auftraggeberin vorgegeben worden ist, die aber geeignet sind bzw. dies beanspruchen, das Ziel der Beschaffung zu erreichen. Nebenangebote sind im vorliegenden Verfahren nicht zugelassen. Soweit die Auftraggeberin keine Vorgabe macht, liegt bei einer Konkretisierung der Leistungsbeschreibung in deren Rahmen kein Nebenangebot vor.

319 Als Nebenangebote werden häufig solche bezeichnet, die eine grundsätzlich abweichende Leistung zum Gegenstand haben, als Änderungsvorschläge dagegen solche, die nur in einem Teil der Leistung einen abweichenden Inhalt haben. Der Begriff der Nebenangebote wird hier jedoch als Oberbegriff für beides gebraucht. Dabei ist für ein Nebenangebot charakteristisch, dass es auf der kalkulatorischen Umsetzung des Vorschlags bzw. der Abweichung beruht und nicht nur einen Änderungswunsch im Rahmen von Verhandlungen, dessen Umsetzung nicht Voraussetzung des Angebots ist, darstellt.

320 Im vorliegenden Verfahren sind Nebenangebote und Änderungsvorschläge in diesem Sinne **nicht zugelassen**. Änderungswünsche sind nach Maßgabe der besonderen Regeln dazu (vgl. Tz. 286 ff.) zulässig.

321 Unberührt bleibt auch, dass im Rahmen der Verhandlungen über Anpassungen des Angebotsinhalts (auf Wunsch beider Parteien) für die nächste Angebotsrunde gesprochen werden kann, auch auf der Basis alternativer Überlegungen in den Verhandlungen.

6. Konkret einzureichende Angebotsunterlagen

322 Nachfolgend sind die – unter Beachtung der Regelungen dieser Bewerbungsbedingungen – konkret einzureichenden Angebotsunterlagen aufgeführt. Diese gelten zunächst für die Erstangebote. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Erstangebote nur von den Bewerbern einzureichen sind, die nach dem Teilnahmeantrag von der Auftraggeberin für das Verhandlungsverfahren ausgewählt und zur Abgabe des Erstangebots durch ein gesondertes Schreiben aufgefordert wurden.

323 Die nachfolgenden Anforderungen gelten entsprechend für die nach einer etwaigen Verhandlungsphase gesondert abgeforderten endgültigen Angebote, sofern nicht nachfolgend etwas anderes genannt ist (insbesondere betreffend Änderungswünsche) oder bei der gesonderten Abforderung dieser Angebote noch etwas anderes mitgeteilt wird. Es bleibt vorbehalten, in diesem Zusammenhang weitere Unterlagen zu fordern.

a) Angebotsformular mit Preisblatt

324 Einzureichen ist das Angebotsformular inklusive des darin aufgenommenen Preisblatts mit den Honorarforderungen pro Qualifikationsstufe. Das Angebotsformular ist ordnungsgemäß und vollständig auszufüllen, mit der Namensangabe des Erklärenden (natürliche Person, z. B. Geschäftsführer/-in, Projektleiter/-in o. Ä.) in Textform zu versehen und möglichst (= nicht zwingend, aber erwünscht) auch im Ausdruck handschriftlich zu unterzeichnen und als gescanntes Dokument elektronisch einzureichen.

b) Vertragsbedingungen

325 Eine Beifügung des Entwurfs des Sanierungsträgervertrages bei der Einreichung des Erstangebots ist nicht erforderlich. Die Vertragsbedingungen der Auftraggeberin sind gleichwohl verbindliche Angebotsgrundlage, wie oben näher dargestellt. Im Zuschlagsfall erfolgt eine schriftliche Vertragsdokumentation, die inhaltlich dem vorgegebenen Entwurf folgt.

326 Ergänzend gelten die VOL/B, Fassung 2003 (BANz Nr. 178a).

c) Konzeptionelle Darstellung (Angebotstext)

327 Als weitere Angebotsunterlage ist ein Angebotstext in freier textlicher Form, ggf. ergänzt durch Schemata einzureichen.

328 Dieser Text hat auf der Grundlage der Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen) auf die in diesem Rahmen angebotene Art und Weise der Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen einzugehen. Dabei soll auf alle bei den qualitativen Zuschlagskriterien genannten Aspekte eingegangen werden, sodass eine Bewertung der Angebote nach diesen Kriterien ermöglicht wird. Es liegt im eigenen Interesse des Bieters, die von ihm angebotene Art und Weise der Leistungserbringung möglichst umfassend, präzise und konkret darzustellen. Abweichungen von dem Inhalt der von der Auftraggeberin vorgegebenen Unterlagen sind im Rahmen des Angebotstextes nicht zugelassen. Änderungswünsche hinsichtlich der Vorgaben der Auftraggeberin (soweit es sich nicht um unverhandelbare Mindestbedingungen handelt) sind vielmehr nach den oben näher dargestellten Regelungen in einem gesonderten Dokument zu beschreiben (vgl. oben Tz. 287).

329 Eingegangen werden soll insbesondere auf folgende Punkte:

- Projektverständnis und Methodik, insbesondere mit Angaben zu:
 - Darstellung der konzeptionellen Vorgehensweise, Erläuterung der vorgesehenen Teilschritte bei der Durchführung des Projekts;
 - Benötigte Vorbereitungszeit bis zum Projektbeginn nach Zuschlagserteilung;
 - Vorgehensweise bei der Projektsteuerung, Funktion der Projektleitung, Umgang mit unvorhersehbaren Problemstellungen, Methode der Lösungsfindung, Umgang mit Konfliktsituationen, Kommunikation mit der Auftraggeberin;
- Vorgehensweise und Instrumente zur Einbindung der Interessengruppen (Politik, Verwaltung, betroffene Eigentümer, Öffentlichkeit);
- Qualifikation des konkret für die Durchführung des Auftrags vorgesehenen Personals/Projektteams, insbesondere mit Angaben zu:
 - Vorgesehene/r Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in,
 - berufliche Qualifikation der Mitglieder des Projektteams,
 - persönliche Berufserfahrung der Mitglieder des Projektteams (Jahre),

- persönliche Referenzen der Mitglieder des Projektteams;
- Organisation des Projektteams, dabei
 - Angaben zur zeitlichen und örtlichen Verfügbarkeit der Mitglieder des Projektteams, insbesondere der Projektleitung, für das Projekt (zeitlich als typischer prozentualer Anteil an der Arbeitskraft),
 - örtlich nach Anfahrtszeit vom angebotenen Büro-Standort (im Auftragsfall, muss also nicht notwendig schon vorhandene Niederlassung sein),
 - Angaben zu dem Umfang (Anteil), in welchem im Auftragsfall die anfallenden Leistungen vom Projektleiter bzw. der Projektleiterin selbst wahrgenommen werden würden,
 - Einsatzplanung und vorgesehene Maßnahmen bei außerplanmäßigen Ausfällen von Teammitgliedern;
- Angaben zum Vertragsmanagement, mit Angaben zu:
 - Fördermittel-Management,
 - Methodik der Terminplanung und Termineinhaltung,
 - Methodik der Kostenplanung, Kostenkontrolle und Kosteneinhaltung,
 - Methodik der Abrechnung und des Nachweises des entstandenen Zeitaufwands für die Leistungen des Sanierungsträgers.

d) Dokument Änderungswünsche

330 Nur im Rahmen des Erstangebots und etwaiger Folgeangebote, aber nicht im Rahmen des endgültigen Angebots können in einem gesonderten Dokument in freier Form (am besten tabellarisch) Änderungswünsche zu den Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen) zum Zwecke der Verhandlung hierüber eingereicht werden (vgl. oben Tz. 287). Dafür gelten die in diesen Verfahrensregeln getroffenen Maßgaben (vgl. oben Tz. 282 ff.).

VII. Zuschlagskriterien

- 331 Über die Zuschlagserteilung wird nach dem Kriterium des wirtschaftlichsten Angebots entschieden (§ 127 GWB) – unbeschadet der Prüfung der Angebote und der Prüfung, ob der Zuschlag überhaupt erteilt werden kann.
- 332 Maßgeblich sind die im nachstehenden Schema aufgeführten Zuschlagskriterien in der ebenfalls nachstehend aufgeführten prozentualen Gewichtung. Die Gewichtung ist im Zusammenhang mit der Bewertungsmethodik zu sehen, die im Anschluss an die tabellarische Aufstellung erläutert wird.

1. Kriterien- und Bewertungsschema

Nr.	Kriterium, Erläuterung und Bewertungsschema	Gewichtung in %
1	Honorar	35
1.1	Projektleiter/-in (sowie Geschäftsführer/-in, Prokurist/-in, Abteilungsleiter/-in)	15
1.2	Sonstige Fachkraft (Projektassistenz)	15
1.3	Sonstige Bürokraft/Assistenz	5
2	Projektverständnis und Methodik	25
2.1	Vorgehensweise und Teilschritte bei der Bearbeitung des Projekts	10
	Erläuterung/Aspekte: Darstellung der konzeptionellen Vorgehensweise, ausgehend vom konkreten Projekt, Erläuterung der vorgesehenen Teilschritte des Projektes Detaillierte, konkrete und voll überzeugungskräftige Darstellung der Vorgehensweise einzelner Teilschritte während der aufgegliederten Projektphasen = 5 Punkte Vollständige, wenn auch nicht durchgehend voll überzeugungskräftige Darstellung der Vorgehensweise der einzelnen Teilschritte während der aufgegliederten Projektphasen = 4 Punkte Darstellung der wesentlichen Projektphasen und der Vorgehensweise bei Teilschritten, zumindest im Wesentlichen plausibel = 3 Punkte Übersichtsartige nachvollziehbare Beschreibung der Projektphasen, ohne plausible Darstellung von Teilschritten = 2 Punkte Allgemeine Erläuterung der Umsetzung ohne nachvollziehbare Darstellung von Projektphasen oder Teilschritten = 1 Punkt	
2.2	Vorbereitungszeit bis Beginn der Projektbearbeitung	5
	Beginn nach Zuschlagserteilung bis 4 Wochen = 5 Punkte	

	<p>Beginn nach Zuschlagserteilung bis 6 Wochen = 4 Punkte</p> <p>Beginn nach Zuschlagserteilung bis 8 Wochen = 3 Punkte</p> <p>Beginn nach Zuschlagserteilung bis 10 Wochen = 2 Punkte</p> <p>Beginn nach Zuschlagserteilung bis 12 Wochen = 1 Punkte</p>	
2.3	Vorgehensweise bei der Projektsteuerung	5
	<p>Erläuterung/Aspekte: Darstellung der Vorgehensweise bei der Projektsteuerung, Funktion der Projektleitung, Umgang mit unvorhersehbaren Problemstellungen, Methode der Lösungsfindung, Umgang mit Konfliktsituationen, Kommunikation mit der Auftraggeberin</p> <p>Umfassende, konkrete und durchgehend überzeugungskräftige Darstellung, die eine proaktive und eigenverantwortliche Steuerung der Maßnahme mit kompetenten Vorschlägen, lösungsorientierter Moderation und jederzeitiger Einbindung der Auftraggeberin erwarten lässt = 5 Punkte</p> <p>Einigermaßen umfassende, überwiegend konkrete und überwiegend überzeugungskräftige Darstellung, die eine überwiegend proaktive und eigenverantwortliche Steuerung der Maßnahme mit akzeptablen Vorschlägen, lösungsorientierter Moderation und weitgehender Einbindung der Auftraggeberin erwarten lässt = 4 Punkte</p> <p>Teils detaillierte, insgesamt nachvollziehbare Darstellung, die eine systematische Betreuung und verantwortliche Steuerung unter regelmäßiger Einbindung der Auftraggeberin erwarten lässt = 3 Punkte</p> <p>Nachvollziehbare Darstellung, die eine regelmäßige Betreuung und Abarbeitung unter Einbindung der Auftraggeberin erwarten lässt = 2 Punkte</p> <p>Darstellung, welche die Erfordernisse der Projektsteuerung thematisiert und zumindest einige der in der Erläuterung angesprochenen Aspekte nachvollziehbar aufgreift = 1 Punkt</p>	
2.4	Einbindung der Interessengruppen (Politik, Verwaltung, betroffene Eigentümer/-innen, Öffentlichkeit)	5
	<p>Erläuterung/Aspekte: Darstellung der Vorgehensweise und der Instrumente bei der Einbindung von Politik, Verwaltung, betroffenen Eigentümer/-innen und Öffentlichkeit</p> <p>Umfassende, konkrete und durchgehend überzeugungskräftige Darstellung, die eine eigeninitiativ, differenziert, gruppenbezogen erfolgende Einbindung erwarten lässt = 5 Punkte</p> <p>Einigermaßen umfassende, überwiegend konkrete und überwiegend überzeugungskräftige Darstellung, die eine eigeninitiativ, differenziert, gruppenbezogen erfolgende Einbindung erwarten lässt = 4 Punkte</p> <p>Teils detaillierte, insgesamt nachvollziehbare Darstellung, die eine zumindest teilweise eigeninitiativ und gruppenbezogen erfolgende Einbindung erwarten lässt = 3 Punkte</p> <p>Nachvollziehbare Darstellung mit ausbaufähigen Ansätzen zu einer eigeninitiativen gruppenbezogenen Einbindung = 2 Punkte</p> <p>Darstellung der grundlegenden Vorgehensweise = 1 Punkt</p>	

3	Qualifikation und Organisation des konkret für die Durchführung des Auftrags vorgesehenen Personals/Projektteams	20
3.1	Qualifikation	10
	<p>Erläuterung/Aspekte: Angaben zum/zur vorgesehene/n Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in, zur beruflichen Qualifikation der Mitglieder des Projektteams, zu persönlicher Berufserfahrung und Referenzen der Mitglieder des Projektteams</p> <p>Detaillierte, konkrete und überzeugungskräftige Angaben und Erläuterungen zu allen Teammitgliedern, durchgängig umfangreiche Berufserfahrung (8 Jahre) der Fachkräfte und aussage- und überzeugungskräftige Referenzen aller Fachkräfte = 5 Punkte</p> <p>Konkrete Angaben zu allen Teammitgliedern, überwiegend überzeugungskräftige Referenzen und überwiegend mindestens erhebliche Berufserfahrung (6 Jahre) der Fachkräfte = 4 Punkte</p> <p>Konkrete Angaben zu mindestens den wesentlichen Teammitgliedern, nur teilweise überzeugungskräftige Referenzen und überwiegend eher kurze Berufserfahrung (4 Jahre) der Fachkräfte = 3 Punkte</p> <p>Benennung zumindest von Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in, kaum überzeugungskräftige Referenzen und immerhin grundlegende Berufserfahrung der Fachkräfte (2 Jahre) = 2 Punkte</p> <p>Benennung zumindest von Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in, jedoch ohne überzeugungskräftige Referenzen = 1 Punkt</p>	
3.2	Organisation des Projektteams	10
	<p>Erläuterung/Aspekte: Angaben zur zeitlichen und örtlichen Verfügbarkeit der Mitglieder des Projektteams, insbesondere der Projektleitung, für das Projekt (zeitlich als prozentualer Anteil an der Arbeitskraft einer Vollzeitkraft), Anteil des Projektleiters / der Projektleiterin an der Leistungserbringung, örtlich nach Anfahrtszeit vom angebotenen Büro-Standort (im Auftragsfall, nicht notwendig schon vorhandene Niederlassung), Angaben zu Einsatzplanung und vorgesehene Maßnahmen bei außerplanmäßigen Ausfällen von Teammitgliedern</p> <p>Zeitliche Verfügbarkeit von Projektleiter/-in oder Stellvertreter/-in mit einem über längere Zeiträume überwiegenden Anteil der Arbeitszeit (über 50%), anfallende Leistungen werden weit überwiegend von dem/der Projektleiter/in erbracht, Reisezeit vom Büro zur Auftraggeberin bis 90 Minuten und überzeugende Einsatzplanung und Ausfallregelung = 5 Punkte</p> <p>Zeitliche Verfügbarkeit von Projektleiter/-in oder Stellvertreter/-in mit einem über längere Zeiträume mittleren Anteil der Arbeitszeit (Größenordnung etwa 50%), anfallende Leistungen werden überwiegend von dem/der Projektleiter/-in erbracht und Reisezeit vom Büro zur Auftraggeberin bis 120 Minuten und mindestens plausibler Einsatzplanung und Ausfallregelung = 4 Punkte</p> <p>Zeitliche Verfügbarkeit von Projektleiter/-in oder Stellvertreter/-in mit einem über längere Zeiträume noch erheblichen Anteil</p>	

	<p>der Arbeitszeit (Größenordnung etwa 1/3), anfallende Leistungen werden zu (noch) erheblichen Teilen von dem/der Projektleiter/-in erbracht, Reisezeit vom Büro zur Auftraggeberin bis 180 Minuten und mindestens überwiegend nachvollziehbare Einsatzplanung und Ausfallregelung = 3 Punkte</p> <p>Zeitliche Verfügbarkeit von Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in mit einem untergeordneten Anteil der Arbeitszeit (Größenordnung etwa 25%), anfallende Leistungen werden nach Erfordernis von dem/der Projektleiter/-in erbracht, Reisezeit vom Büro zur Auftraggeberin bis 240 Minuten = 2 Punkte</p> <p>Zeitliche Verfügbarkeit von Projektleiter/-in und Stellvertreter/-in mit einem benannten, aber geringen Anteil der Arbeitszeit (deutlich unter 20%) und Reisezeit vom Büro zur Auftraggeberin bis 300 Minuten = 1 Punkt</p>	
4	Qualität des Vertragsmanagements	20
4.1	Qualität des Managements von Fördermitteln	5
	<p>Erläuterung/Aspekte: Angaben zur Beratung zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der Städtebauförderung (sowie zum Verhältnis zu anderen Programmen einschließlich der Fördermöglichkeiten für private Eigentümer/-innen) und zum Management von öffentlichen Fördermitteln von der Beratung über die Beantragung bis hin zur Abrechnung (Verwaltung) für die Kommune (unbeschadet der Anforderungen der Leistungsbeschreibung und der ohnehin zu beachtenden und nicht verhandelbaren Mindestanforderungen an den Umgang mit Städtebauförderungsmitteln nach BauGB und Städtebauförderungsrichtlinien SH)</p> <p>Umfassende, konkrete und voll überzeugungskräftige Darstellung des Managements von Fördermitteln, auch bezogen auf im Rahmen der Leistungsbeschreibung konkret angebotene Leistungen bei Beratung, Beantragung, Verwaltung = 5 Punkte</p> <p>Einigermaßen umfassende, überwiegend konkrete und überwiegend überzeugungskräftige Darstellung des Managements von Fördermitteln, auch bezogen auf im Rahmen der Leistungsbeschreibung konkret angebotene Leistungen bei Beratung, Beantragung, Verwaltung = 4 Punkte</p> <p>Teils detaillierte, insgesamt nachvollziehbare Darstellung des Managements von Fördermitteln, auch bezogen auf im Rahmen der Leistungsbeschreibung konkret angebotene Leistungen bei Beratung, Beantragung, Verwaltung = 3 Punkte</p> <p>Nachvollziehbare Darstellung des Managements von Fördermitteln, auch bezogen auf im Rahmen der Leistungsbeschreibung konkret angebotene Leistungen bei Beratung, Beantragung, Verwaltung = 2 Punkte</p> <p>Benennung der Vorgehensweise nach Leistungsbeschreibung und Städtebauförderungsrichtlinie/-programm = 1 Punkt</p>	
4.2	Methodik der Terminplanung und -sicherung	5
	<p>Erläuterung/Aspekte: Darstellung der Instrumente zur Terminplanung und der Maßnahmen zur Sicherung von vereinbarten oder vorgegebenen Terminen/Fristen</p>	

	<p>Umfassende, konkrete und überzeugungskräftige Darstellung von Instrumenten zur Terminplanung und der Maßnahmen zur Sicherung, einschließlich etwaiger Beschleunigungen, sodass eine Einhaltung von Terminen/Fristen auch im Falle von Widrigkeiten fast stets verlässlich zu erwarten ist = 5 Punkte</p> <p>Einigermaßen umfassende, überwiegend konkrete und überwiegend überzeugungskräftige Darstellung von Instrumenten zur Terminplanung und der Maßnahmen zur Sicherung, einschließlich etwaiger Beschleunigungen, sodass eine Einhaltung von Terminen/Fristen auch im Falle von Widrigkeiten zu meist verlässlich zu erwarten ist = 4 Punkte</p> <p>Teils detaillierte, insgesamt nachvollziehbare Darstellung von Instrumenten zur Terminplanung und Maßnahmen zur Sicherung, sodass eine Einhaltung der Termine/Fristen auch im Falle von Widrigkeiten überwiegend zu erwarten ist = 3 Punkte</p> <p>Nachvollziehbare Darstellung von Instrumenten zur Terminplanung und Maßnahmen zur Sicherung, sodass eine Einhaltung der Termine/Fristen zumindest bei nur geringen Widrigkeiten regelmäßig zu erwarten ist = 2 Punkte</p> <p>Darstellung von Instrumenten zur Terminplanung und Maßnahmen zur Sicherung, sodass zumindest grundlegende Anforderungen an die Termintreue gewahrt werden können = 1 Punkt</p>	
4.3	Methodik der Kosteneinhaltung	5
	<p>Erläuterung/Aspekte: Darstellung der Methodik der Kostenplanung, Kostenkontrolle und Kosteneinhaltung, z.B. Aufzeigen kostengünstiger Varianten, Vermeidung von Mehrkosten</p> <p>Umfassende, konkrete und überzeugungskräftige Darstellung von im Angebot vorgesehenen Instrumenten der Kostenplanung und Kostenkontrolle, sodass eine hohe Wahrscheinlichkeit der Einhaltung geplanter Kosten besteht = 5 Punkte</p> <p>Einigermaßen umfassende, überwiegend konkrete und überwiegend überzeugungskräftige Darstellung von im Angebot vorgesehenen Instrumenten der Kostenplanung und Kostenkontrolle, sodass eine deutlich überwiegende Wahrscheinlichkeit der Einhaltung geplanter Kosten besteht = 4 Punkte</p> <p>Teils detaillierte und insgesamt nachvollziehbare Darstellung von im Angebot vorgesehenen Instrumenten der Kostenplanung und Kostenkontrolle, sodass eine noch überwiegende Wahrscheinlichkeit der Einhaltung geplanter Kosten besteht = 3 Punkte</p> <p>Nachvollziehbare Darstellung von im Angebot vorgesehenen Instrumenten der Kostenplanung und Kostenkontrolle, sodass eine noch erhebliche Wahrscheinlichkeit der Einhaltung geplanter Kosten besteht = 2 Punkte</p> <p>Grundlegende Angaben zu im Angebot vorgesehenen Instrumenten der Kostenplanung und Kostenkontrolle = 1 Punkt</p>	
4.4	Methodik der Abrechnung und des Nachweises des entstandenen Zeitaufwandes für die Leistungen des Sanierungsträgers	5

Erläuterung/Aspekte: Darstellung der vorgesehenen Abrechnung und Dokumentation des Zeitaufwands und seiner Tak- tung (Einheiten) unter dem Aspekt der Prüfbarkeit	
Aussagekräftige und durchgehend konkrete Darstellung, die eine präzise und für die Auftraggeberin im Detail prüfbare Ab- rechnung des Zeitaufwands erwarten lässt = 5 Punkte	
Überwiegend aussagekräftige und einigermaßen konkrete Darstellung, die eine präzise und für die Auftraggeberin im Detail prüfbare Abrechnung des Zeitaufwands erwarten lässt = 4 Punkte	
Teilweise detaillierte und insgesamt nachvollziehbare Darstel- lung, die eine prüfbare Darstellung des Zeitaufwands erwarten lässt = 3 Punkte	
Nachvollziehbare Darstellung, die eine prüfbare Darstellung des Zeitaufwands erwarten lässt = 2 Punkte	
Darstellung, die erwarten lässt, dass eine Methodik des Nach- weises des Zeitaufwands erreicht werden kann, die grundle- genden Anforderungen an die Prüfbarkeit genügt = 1 Punkt	

2. Bewertungsmethodik

a) Honorar

- 333 Beim Kriterium Honorar werden die Punkte in den drei Unterkriterien für die Qualifikati-
onsstufen wie folgt vergeben:
- 334 Die Honorarangaben werden für jede Qualifikationsstufe gesondert bewertet.
- 335 Die niedrigste Honorarangabe (Stundensatz) für eine Qualifikationsstufe im Bieterfeld
erhält die Höchstpunktzahl (5).
- 336 Die Punktzahlen der übrigen Angebote für die Qualifikationsstufe werden ermittelt, in-
dem die Abweichung zum Angebot mit der niedrigsten Honorarangabe ins Verhältnis
gesetzt und entsprechend proportional geringer mit Punkten bewertet werden. Dabei gilt,
dass ein (gedachtes) Honorar, das doppelt so hoch ist wie das des insoweit niedrigsten
Angebots, mit 0 Punkten bewertet wird. Ausgehend davon werden die tatsächlichen
Punktzahlen durch lineare Interpolation ermittelt. Es gilt somit

$$P_v = 5 - \frac{H_i - H_{\min}}{H_{\min}} \times 5$$

5 erreichbare Höchstpunktzahl

H_i : individuelle Honorarangabe des betrachteten Angebots

H_{\min} : niedrigstes Honorar im Vergleichsfeld (also günstigstes Angebot)

P_v : vergebene Punktzahl für das Angebot für das Honorar der jeweiligen Stufe

337 Übersteigt ein Honorarangebot den Preis des günstigsten Angebots um mehr als das Doppelte, erhält es ebenfalls eine Bewertung mit 0 Punkten, Negativpunkte werden nicht vergeben.

338 Die vergebene Punktzahl wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

b) Qualitative Zuschlagskriterien

339 Die übrigen, also qualitativen Zuschlagskriterien werden auf einer Skala von 5 – 0 Punkten bewertet. Die Höchstpunktzahl entspricht generell der maximalen Erfüllung des Zuschlagskriteriums, die Vergabe von 1 Punkt einer Erfüllung in einem grundlegenden, noch ausreichenden Maß. Die Zahl von 0 Punkten bedeutet, dass das Kriterium nicht einmal im Mindestmaß erfüllt wird.

340 Die konkreten Voraussetzungen für die Vergabe einer bestimmten Punktzahl höher als 0 sind in der obigen Tabelle als Bewertungsschema wiedergegeben. Die Angaben in der Tabelle dienen zugleich der Verdeutlichung, worauf es der Auftraggeberin bei dem jeweiligen Kriterium ankommt. Dem dient auch die teilweise vorgeschaltete Erläuterung als Konkretisierung des jeweiligen Zuschlagskriteriums.

341 Entsprechend dem auf eine Erreichung möglichst hoher Erfüllungsgrade ausgerichteten Vergabewettbewerb gilt, dass ein Angebot derjenigen Zeile zugeordnet wird, welche die höchste Punktzahl beinhaltet, deren in der jeweiligen Zeile genannten Voraussetzungen auf das Angebot zutreffen. Soweit in einer Zeile mehrere Voraussetzungen genannt sind, die mit „und“ verknüpft sind, müssen alle Voraussetzungen erfüllt sein, ansonsten erfolgt die Zuordnung zu einer niedrigeren Punktzahl, deren genannte Voraussetzungen alle erfüllt sind.

342 Wenn nicht einmal die Voraussetzungen erfüllt sind, die der Punktzahl 1 zugeordnet sind, erfolgt die Vergabe von 0 Punkten. Die Vergabe von 0 Punkten ist dabei nicht als solches ein Ausschlusskriterium.

- 343 Soweit in den Bewertungsregeln (Tabellenzeilen) für die qualitativen Kriterien quantitative Maßstäbe genannt sind, kann bei der Zuordnung eine Rundung berücksichtigt werden. Sollte sich nach Abgabe der Erstantgebote herausstellen, dass die bei solchen quantitativen Angaben in der Tabelle enthaltene Abstufung auf einer unzutreffenden Markteinschätzung beruht, bleibt vorbehalten, für eine folgende Angebotsrunde eine lineare Parallelverschiebung transparent (also unter vorheriger Mitteilung an alle Bieter) vorzunehmen.

c) Referenzierung der Bewertung der qualitativen Kriterien

- 344 Soweit bei einem der qualitativen Zuschlagskriterien Nr. 2 bis Nr. 4 (bzw. bei den Unterkriterien) das jeweils insgesamt am besten bewertete Angebot nicht die Höchstpunktzahl (5) erreicht, findet eine Referenzierung der bei der Punktevergabe erreichten Punktzahlen in der Weise statt, dass das insoweit beste Angebot auf die Höchstpunktzahl gesetzt wird und alle Angebote hinsichtlich der Bewertung dieses Kriteriums verhältnismäßig um die relative Differenz zwischen der vergebenen Punktzahl des besten Angebots und der Höchstpunktzahl angehoben werden. Angebote mit 0 vergebenen Punkten werden jedoch nicht angehoben. Für Angebote mit mehr als 0 Punkten gilt somit:

$$P_{ref} = \frac{P_{vn}}{P_{vmax}} \times 5$$

Dabei bedeuten:

5 erreichbare Höchstpunktzahl

P_{vmax} : vergebene Punktzahl des besten Angebots im Vergleichsfeld für das Kriterium

P_{vn} : vergebene Punktzahl des betrachteten Angebots im Vergleichsfeld für das Kriterium

P_{ref} : referenzierte Punktzahl des betrachteten Angebots für das Kriterium

- 345 Die referenzierte Punktzahl wird auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet, es wird nicht auf 0 Punkte abgerundet.

346 Die Referenzierung erfolgt, soweit für ein Zuschlagskriterien Unterkriterien mit eigener Gliederungsziffer und gesondert ausgewiesener Gewichtung vorhanden sind, auf der Ebene der jeweiligen Unterkriterien.

347 Erläuterung: Die oben festgelegte Methodik der Angebotswertung hinsichtlich der Honorarstufen bringt es mit sich, dass im Hinblick auf das Honorar für die einzelnen Qualifikationsstufen stets ein Angebot die höchste Punktzahl (5) erhält. Im Hinblick auf die qualitativ zu bewertenden Zuschlagskriterien Nr. 2 bis 4 ist dies bei der Punktevergabe aber nicht notwendig der Fall. Würde man es dabei belassen, könnte eine Verschiebung der Gewichtung gegenüber der oben bekannt gegebenen eintreten. Die Referenzierung dient dazu, dies zu vermeiden und auch im Hinblick auf die qualitativen Kriterien die Bewertung relativ auf das Bieterfeld zu gestalten.

d) Gewichtete Bewertung

348 Zur Ermittlung der gewichteten Bewertung wird wie folgt vorgegangen:

349 Für jedes Zuschlagskriterium, bzw., soweit vorhanden, jedes Unterkriterium, erfolgt zunächst die Bewertung nach den vorstehend aufgeführten Regeln und anschließend bei den Kriterien Nr. 2, 3 und 4 (bzw. ihren Unterkriterien) ggf. noch die vorstehend dargestellte Referenzierung.

350 Die – ggf. referenzierte – Punktzahl wird sodann mit dem jeweiligen Gewichtungsfaktor multipliziert (also z. B. bei einer Gewichtung von 5 % mit 0,05).

351 Die gewichtete Punktzahl wird erforderlichenfalls auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet, dabei wird nicht auf 0 Punkte abgerundet.

352 Die Summe dieser gewichteten Punktzahlen ergibt die Gesamtpunktzahl für das Angebot.

353 Für den Zuschlag wird das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl vorgesehen. Im Falle eines Punktegleichstands entscheidet als Hilfskriterium die bessere Bewertung des Kriteriums Nr. 1.

* * * * *